

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 309
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 2. November 1935.

Die Bevölkerungsbewegung in Wien im August 1935.

Nach dem Monatsbericht der Magistratsabteilung für Statistik kamen heuer im August in Wien 854 Säuglinge lebend zur Welt. Von den Lebendgeburten waren 442 Knaben und 412 Mädchen, 688 eheliche und 166 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mütter wurden 113, in Anstalten 741 Kinder geboren. Im Berichtsmonate erfolgten in Wien 18 Totgeburten.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im heurigen August in Wien 40 Säuglinge starben. Von diesen waren 23 Knaben und 17 Mädchen, 27 eheliche und 13 uneheliche Kinder. 29 Säuglinge starben im ersten, 11 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

Im August starben von der Wiener Wohnbevölkerung 1.583 Personen. Von den Verstorbenen waren 773 männlichen und 810 weiblichen Geschlechtes. Als hauptsächliche Todesursachen sind in 310 Fällen organische Herzkrankheiten, in 302 Fällen Krebs, in 144 Fällen Tuberkulose der Atmungsorgane und in 98 Fällen Lungen- und Rippenfellentzündung angegeben worden; 83 Anzeigen haben als Todesursachen Gehirnschlag, 54 Anzeigen Arterienverkalkung, 32 Anzeigen Altersschwäche und 30 Anzeigen epidemische Krankheiten bezeichnet. Von den Verstorbenen waren 913 mehr als sechzig Jahre alt.

Im Berichtsmonate verübten in Wien 71 Personen Selbstmord; 157 Personen unternahmen einen Selbstmordversuch.

Wie der Bericht weiter ausführt, fanden heuer im August in Wien 1.240 Trauungen statt.

Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 31 b vergibt für die bauliche Umgestaltung der Räume des ehemaligen Bezirksamtes in der Kleinen Sperlgasse 10 in Wohnungen die Baumeisterarbeiten; Anbotsverhandlung 11. November, 9 Uhr, Neues Amtshaus, Ebendorferstrasse 1. Nähere Auskünfte in der genannten Magistratsabteilung.

Avisos!

Ich bringe in Erinnerung: Montag um 17 Uhr 30 Pressekonferenz in der "Rathauskorrespondenz" anlässlich der bevorstehenden Enthüllung des Dr. Auer-Welsbach-Denkmales.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

310

Wien, am 4. November 1935.

Ehrung des Erfinders des Gasglühlichtes Dr. Auer-Welsbach.

Die unter dem Ehrenschatze des Bundespräsidenten stehende Dr. Carl Auer-Welsbach Gedächtnis-Stiftung hat dem Erfinder des Gasglühlichtes, der Osmiumlampe und des Cereisens Dr. Carl Freiherrn Auer von Welsbach ein Denkmal errichtet, dessen feierliche Enthüllung am 7. November stattfindet.

In einer heute abgehaltenen Pressekonferenz gab im Namen des Arbeitsausschusses Hofrat Dr. Ing. Ludwig Erhard einen Ueberblick über das Leben und Wirken des berühmten österreichischen Erfinders. Carl Auer-Welsbach wurde am 1. September 1858 in Wien als Sohn des Direktors der Staatsdruckerei Alois Auer Ritter von Welsbach geboren. Nach Beendigung der Vorstudien bezog er die Universität Heidelberg, wo er unter Bunsens Leitung seine Doktorarbeit über die sogenannten "Seltenen Erden" machte. Der wissenschaftlichen Erforschung und der praktischen Auswertung dieser lichttechnisch so bedeutsamen Erdarten war bis zuletzt sein tatenreiches Leben gewidmet, das am 14. August 1929 im Schloss Welsbach bei Treibach endete.

Von Heidelberg nach Wien zurückgekehrt, gelang es hier Dr. Carl Auer-Welsbach im Chemischen Universitätslaboratorium durch eine scharf auswählende fraktionierte Kristallisation das bis dahin als Element angesehene Didym und später auch das Ytterbium in zwei Komponenten zu spalten, wodurch der Lehre von den chemischen Elementen neue Bausteine eingefügt wurden.

Spektralanalytische Arbeiten zur Untersuchung der seltenen Erden führten Auer gerade vor fünfzig Jahren zur Erfindung des Gasglühlichtes, das über den ganzen Erdball Verbreitung fand und auf Jahre hinaus mit der elektrischen Beleuchtung in scharfen Wettbewerb trat. In England und Amerika steht das Auerlicht heute noch häufig in Verwendung.

Sein ferneres Augenmerk war auf die Schaffung eines schwer schmelzbaren und schwer zerstäubbaren Metallfadens zur Erhöhung der Lichtausbeute bei elektrischen Glühbirnen gerichtet. Durch eine sinnreiche Bearbeitung vermochte Auer das spröde Metall Osmium, das sich nicht zu Draht ausziehen lässt, in die Form von Glühfäden zu bringen. Die von Auer geschaffene Osmiumlampe war die erste brauchbare Metallfadenlampe, der dann erst später die Tantal- und die Wolframlampen nachfolgten.

Die unermüdliche Durchforschung der seltenen Erden zeitigte als letzte Frucht der Auer'schen Erfindungen die pyrophoren Legierungen, die hauptsächlich Cer enthalten und als "Auermetall" in den Feuerzeugen Weltverbreitung erlangten.

So hat Dr. Carl Auer von Welsbach aus der wissenschaftlichen Forschung die Kraft gewonnen, Neues zu gestalten, dem Rufe der Menschheit nach "Mehr Licht" Genüge zu tun und Tausenden von Werktätigen nutzbringende Arbeit zu verschaffen. Seine unvergleichlichen Leistungen wurden schon zu seinen Lebzeiten in voller Masse gewürdigt. Er war Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Wien, der Preussischen Akademie der Wissenschaften und der Schwedischen Akademie. Er war Ehrendoktor der Universitäten von Graz und Freiburg, der Technischen Hochschulen Wien, Karlsruhe und Graz, Ehrensensator der Universität Heidelberg. 1901 wurde er in den erblichen Freiherrnstand erhoben. Weiter

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

war er Ehrenmitglied der grössten In- und ausländischen Fachverbände. Doch nicht bloss Wissenschaft und Technik sind dem grossen Manne zu Dank verpflichtet, sein Wirken kommt vielmehr der Gesamtheit zugute, denn zahlreiche Unternehmungen, so-wie Millionen von Abnehmern zogen und ziehen heute noch Nutzen aus den reichen Geistesgaben Auers.

Die unter dem Vorsitze von J. Kremenetzky und nach dessen Ableben von Rektor Professor Dr. Kann wirkende Auer-Stiftung hat es übernommen, das, was die Nachwelt Auer schuldet, zu erfüllen. So wurde der schöne Park zwischen dem Technischen Museum und dem Schlosse Schönbrunn in "Auer-
Welsbach-Park" umbenannt, ein viel beachtetes Lebensbild Auers in den "Blättern für Geschichte der Technik" veröffentlicht und unter Führung des Obmanns des Denkmalausschusses, Hofrat Professor Dr. K. Holey, an die Errichtung eines Auer-Denkmales geschritten. Dieses vom Wiener Bildhauer Professor Wilhelm Fras ausgeführte Kunstwerk fand einen würdigen Aufstellungsplatz vor dem Zweiten Chemischen Universitätsinstitut in der Währingerstrasse. Ein hoher Kalksteinpfeiler, der das Antlitz Auers und seinen Wappenspruch "Plus Lucis" trägt, wird von einem gleich einer Flamme himmelan gereckten Erzbild eines Lichtbringers gekrönt. Möge dieses Denkmal weithin verkünden, dass österreichisches Forschertum und österreichischer Erfindergeist die Welt mit strahlendem Lichte erfüllten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

310a

Wien, am 4. November 1935.

Die Leistungen der Strassenbahn zu Allerheiligen.

Am letzten Donnerstag verzeichneten die städtischen Strassenbahnen einen ausserordentlich grossen Zustrom von Zehngroschen-Fahrgästen, der grösser ist als je zuvor. Die Zahl der Zehngroschen-Fahrgäste betrug an diesem Tag mehr als 388.000. Dieser starke Zudrang war die Folge des überraschenden Eintrittes des schönen Herbstwetters, das sehr viele Fahrgäste veranlasste, den Zehngroschen-Tarif zu benützen, um die Bezirksfriedhöfe Hietzing, Ottakring, Simmering, Hernals und andere zu besuchen. Trotz des dichten Verkehrs auf der Linie 71 konnte die verleutbarte Auflassung des Zehngroschen-Tarifes auf einen sehr kurzen, nur etwa einstündigen Zeitraum eingeschränkt werden.

Obwohl am Allerheiligentag das Wetter weit weniger günstig war als am Vortag, gab es zum und vom Zentralfriedhof einen Massenverkehr, den die städtischen Strassenbahnen nur dank der sorgfältigen Vorbereitung bei Verwendung fast aller Wagen und des gesamten Personales klaglos bewältigen konnten. Zur Zeit des stärksten Verkehrs zwischen 10 und 11 Uhr vormittags kamen zum Zentralfriedhof 181 Züge mit 531 Wagen an, die mit Fahrgästen voll besetzt waren, so dass in dieser Stunde rund 30.000 Fahrgäste zum Zentralfriedhof befördert wurden. Insgesamt waren am Allerheiligentag 2.664 Wagen in Betrieb, von denen 857, also ungefähr ein Drittel, allein für den Zentralfriedhofsverkehr verwendet wurden.

Auch am Allerseelentag und am gestrigen Sonntag war der Verkehr zum Zentralfriedhof sehr stark. Am Samstag konnte der Zehngroschentarif ohne Unterbrechung beibehalten werden.

Sitzung der Wiener Bürgerschaft.

Die Wiener Bürgerschaft tritt am kommenden Freitag um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Erneuerung der Strassenbahn-Erkennungskarten für städtische Pensionisten.

Die Strassenbahn-Direktion teilt mit: Die Erneuerung der Erkennungskarten für die Pensionsparteien des Magistrates, der städtischen Unternehmungen (ausschliesslich der Strassenbahnen-Pensionisten) und für die im Ruhestande befindlichen städtischen Lehrpersonen findet von heute an bis einschliesslich 16. November in der "Abteilung für Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen" in der Rahlgasse 3 täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr, Samstag von 8 Uhr bis 13 Uhr statt. Die Erneuerung der Pensionisten-Anweisungen für die Pensionsparteien der städtischen Strassenbahnen erfolgt an der angegebenen Stelle und zu den angegebenen Zeiten vom 18. bis einschliesslich 30. November.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 312
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 5. November 1935.

Aktion des Bürgermeisters Schmitz im Interesse der Sicherheit des Wiener Strassenverkehrs.

Die erfreuliche Tatsache, dass seit der Aufhebung der Automobilsteuer eine Vermehrung der Kraftfahrzeuge in Wien stattgefunden hat, sowie der gesteigerte Fremdenverkehr bringen nicht unwesentliche Erschwernisse und Gefahrenmomente für die Abwicklung des Fahrzeug- und Fussgängerverkehrs in Wien an wichtigen Kreuzungen mit sich. Die mit der Regelung des Verkehrs befassten Behörden sind daher in einen Gedankenaustausch über die zahlreichen Einzelfragen eingetreten.

Von den vielen Fremden, die in eigenen Kraftwagen nach Wien kommen, wird nicht selten geklagt, dass ihnen die hier noch weitgehend fehlende Signalgebung, an die sie von zu Hause gewöhnt sind, das Fahren überaus erschwere. Tatsächlich haben sich in den Metropolen des Auslandes, vielfach aber auch schon in Städten mit geringerer Einwohnerzahl als Wien Systeme der Verkehrsregelung entwickelt, die Klarheit und Sicherheit in den Verkehr zu bringen geeignet sind. Es kann sich dabei ebenso gut um handbediente Signale handeln, etwa so wie jenes bei der Opernkreuzung, als auch um vollkommen selbsttätige Signale.

Da Wien im Gegensatz zu den anderen Hauptstädten noch vielfach gemischten Verkehr aufweist, also ein Nebeneinander von Kraftwagen, Pferdefahrzeugen, Handwagen und Fahrrädern, ist wohl für die Einführung automatischer Signale keine richtige Voraussetzung gegeben. Dagegen hat sich das Lichtsignal bei der Opernkreuzung, das vom Verkehrsposten bedient wird, durchaus bewährt.

Bürgermeister Schmitz hat nun zur raschen Einführung von solchen Verkehrssignalen an einer Reihe besonders wichtiger Verkehrspunkte noch für das heurige Jahr ergänzende Mittel bereitgestellt, so dass der Magistrat schon in den nächsten Tagen in die Lage kommen wird, einvernehmlich mit der Bundespolizei die vorbereitenden Besprechungen durchzuführen und die Bestellungen hinauszugeben.

Da daran gedacht ist, auch im Voranschlag für das nächste Jahr einen entsprechenden Betrag einzusetzen, wird diese Aktion im Frühjahr fortgeführt werden können. Ohne jetzt schon Einzelheiten, insbesondere auch Oertlichkeiten zu nennen, kann gewärtigt werden, dass aus dieser Initiative des Bürgermeisters eine höchst schätzenswerte Erleichterung des Verkehrs für Fahrzeuglenker und Fussgänger hervorgeht und damit auch das Gefahrenmoment herabgesetzt werden wird. Sicherlich etwas, das von der gesamten Wiener Bevölkerung nur freudig begrüsst werden kann.

1.240 Trauungen im August in Wien.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, fanden heuer im August in Wien 1.240 Trauungen statt gegenüber 1.042 Trauungen im Juli des heurigen Jahres und 1.348 Trauungen im vorjährigen August. Von den im August erfolgten 1.240 Eheschliessungen wurden 977 nach römisch-katholischem Ritus geschlossen, 120 nach mosaischem, 63 nach evangelischem A.B., 12 nach altkatholischem, 11 nach evangelischem H.B. und je 2 nach griechisch-katholischem und griechisch-orientalischem Ritus. 53 Trauungen fanden vor der politischen Behörde statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 313
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 6. November 1935.

Nacheichung von Massen, Waagen und Gewichten.

Die städtische Marktams-Direktion teilt mit: Um Beanstandungen der Gewerbetreibenden wegen nicht fristgemässer Nacheichung von Massen, Waagen und Gewichten zu vermeiden, wird in Erinnerung gebracht, dass es den Gewerbetreibenden, die in ihren ständigen oder zeitweiligen Verkaufsstätten nach Mass und Gewicht zumessen, untersagt ist, in diesen Verkaufsstätten ungesetzliche, also nicht metrische Masse und Gewichte zu verwenden. Es dürfen auch nicht ungeeichte oder nicht rechtzeitig nachgeeichte Masse und Gewichte verwendet werden. Die Aufbewahrung solcher Masse, Gewichte oder Waagen ist auch dann untersagt, wenn auch diese Gegenstände nicht zur Anwendung im öffentlichen Verkehr bestimmt sind.

Mit 1. Jänner 1936 müssen bereits der Nacheichung unterzogen sein alle Längenmasse, Hohlmasse für trockene Gegenstände, metallene Flüssigkeitsmasse, Transportgefässe für Milch, Brennholzmasse und alle eichpflichtigen Weinfässer (das sind jene Weinfässer, in denen Weine den Käufern geliefert werden), die als erste Eichung oder letzte Nacheichung den Eichstempel des Jahres 1932 oder eines vorangegangenen Jahres aufweisen; dann alle Gewichte und Waagen, hölzerne Flüssigkeitsmasse, Milchgefässe mit Messtab, Maischbottiche, Ledermessmaschinen und Biertransportfässer, die als Nachweis der ersten Eichung oder letzten Nacheichung den Eichstempel des Jahres 1933 oder eines vorangegangenen Jahres tragen.

Messapparate für Petroleum und für andere, einer starken Verdunstung unterliegende Flüssigkeiten sind je nach ihrer Konstruktionsart vor Ablauf von je drei oder fünf Jahren nacheichungspflichtig. Bei Betriebsstoffmessvorrichtungen (Benzinabfüllapparaten) mit Messgefässen ist die Nacheichungsfrist mit **zwei Jahren** und bei Messpumpen sowie Durchlaufzählern für Betriebsstoffe mit einem Jahr festgesetzt.

Eichpflichtige Gegenstände sind von dem Eigentümer vor Ablauf der Nacheichungsfristen dem Eichamte zur Amtshandlung zu übergeben. Feststehende oder schwer transportierbare Eichobjekte werden vom Eichamte auf Ersuchen der Eigentümer im Standorte geprüft. Die Parteien haben in diesem Falle auch für die Beförderung der benötigten Hilfsgeräte auf eigene Kosten zu sorgen. Wenn die Eichung im Standorte vorgenommen wird, ist neben der tarifmässigen Eichgebühr noch ein Zuschlag von zwanzig Prozent, mindestens jedoch der Betrag von sechs Schilling zu entrichten.

Das städtische Marktamt wird mit Beginn des Jahres 1936 mit den mass- und gewichtspolizeilichen Revisionen beginnen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Blatt

Wien, am

Warnung vor einem Schwindler.

Das Marktamt der Stadt Wien teilt amtlich mit: Mehreren Lebensmittelhändlern in Wien wurde von einem Betrüger, der sich als Käseagent ausgab, "Vollfetter heuriger Brimsen" in Papierbechern verkauft, die oben eine einen Zentimeter dicke Schichte Brimsen zeigten und darunter minderwertigen Topfen; in einer Tiefe von drei Zentimetern war schliesslich ein grosser Papierknödel in die Käsemasse eingebettet. Das Gewicht der gefüllten Papierbecher betrug ein Kilogramm. Das Marktamt mahnt zur Vorsicht beim Einkauf und warnt vor unbekanntem Hausierern.

Schliessung des Strombades Aspernbrücke.

Wegen umfangreicher Arbeiten an den Kaimauern muss der Wasserspiegel im Donaukanal stark **abgesenkt** werden. Aus diesem Grunde wird der Betrieb des Strombades Aspernbrücke von morgen, Donnerstag, an für die heurige Badesaison eingestellt.

Vorübergehende Sperrung der Schmelzbrücke.

Durch einen Verkehrsunfall wurde das Tragwerk der im Zuge der Schweglerstrasse über die Westbahn führenden Schmelzbrücke beschädigt. Die Instandsetzung muss bei unbelasteter Brücke durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke wird die Brücke für den Fuhrwerksverkehr in beiden Richtungen in der Nacht vom 11. auf den 12. und in der Nacht vom 13. auf den 14. November in der Zeit von 20 Uhr bis 5 Uhr gesperrt. Der Fussgängerverkehr bleibt auf dem Gehweg, der sich auf der Hütteldorfer Seite befindet, aufrecht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

314

Wien, am 7. November 1935.

Rückgang der Tuberkulose in Wien.

Mittwoch fand im Wiener Rathaus die diesjährige Vollversammlung der Landeshauptstelle Wien zur Bekämpfung der Tuberkulose statt. Den Vorsitz führte in Vertretung des Bürgermeisters Obersenatsrat Dr. Rudolf Hornek.

Dem von Chefarzt Dozent Dr. Götzl erstatteten Bericht über die Ausbreitung der Tuberkulose in Wien und über die Tätigkeit der Tuberkulosefürsorge ist zu entnehmen, dass gemessen an der Sterblichkeit die Verbreitung der Tuberkulose in Wien weiterhin zurückgegangen ist. Während die Gesamtsterblichkeit seit dem Jahre 1924 bloss um 11 Prozent gesunken ist, ist die Sterblichkeit an Tuberkulose um 45 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der Tuberkulose an der Gesamtsterblichkeit betrug im Jahre 1934 bloss 10 Prozent, während er im Jahre 1924 noch 16 Prozent betragen hatte. Der Abfall der Tuberkulosesterblichkeit vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1934 beträgt bei Kleinkindern rund 50 Prozent, bei Schulkindern etwa 70, bei Jugendlichen 65, bei Erwerbstätigen 48 und bei Personen, die mehr als 50 Jahre alt sind, 40 Prozent.

Im Jahre 1934 wurden 3.957 Kranke der Heilstättenpflege zugeführt. Zu diesem Zweck stellte die Zentralaufnahmestelle der Stadt Wien 10.119 ärztliche Untersuchungen an. Von den Fürsorgestellten wurden 1.170 Kranke den Krankenanstalten zur stationären und überdies rund 3000 Kranke zur ambulatorischen Behandlung überwiesen. Die dem städtischen Gesundheitsamt angegliederte Auswurfs-Untersuchungsstelle und die städtische Stelle für die Untersuchung der Blutsenkung nahmen im Berichtsjahre je 5.000 Untersuchungen vor.

Anschliessend an den Bericht beschäftigte sich die Versammlung mit der Versorgung der Lupuskranken, der alleinstehenden Schwertuberkulosekranken, vor allem der Hausgehilfinnen, mit der Versorgung der Kinder, die an unheilbarer Lungentuberkulose leiden, und schliesslich mit der Anstaltsunterbringung von Arbeitslosen, die in Unterstützung stehen.

Wieder normaler Verkehr der Autobuslinie 6.

Die Autobuslinie 6 (Siebenbrunnenplatz - Aumannplatz) wird von morgen, Freitag, an in beiden Fahrtrichtungen wieder durch die Augustinerstrasse geführt.

Mietzinszuschüsse der Stadt Wien.

Der Wiener Magistrat hat im vergangenen Oktober an 541 Parteien in 64 Häusern 10.497 Schilling an Beiträgen zu den Kosten von Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden bewilligt. In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres hat der Magistrat an 2.553 Parteien in 429 Häusern Monatsbeiträge in der Gesamthöhe von 30.444 Schilling gewährt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

315
Wien, am 8. November 1935.

Wiener Bürgerschaft.

Sitzung vom 8. November 1935.

Die Wiener Bürgerschaft hielt heute unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Richard Schmitz eine Sitzung ab. Vor Eingehen in die Tagesordnung machte der Bürgermeister folgende Mitteilungen:

"Der Rat der Stadt Wien Dr. Ludwig Strobl ist zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ernannt worden. Seine Tätigkeit als Rat der Stadt Wien ruht gemäss Artikel 82, Absatz 2, der Bundesverfassung für die Dauer seiner Ministerschaft. Nicht aber ruhen die Freundschaft und Hochachtung, die wir alle für Bundesminister Dr. Strobl empfinden, der mit der reichen Erfahrung des angesehenen Agrarpolitikers ebenso wertvolle praktische Erfahrungen in der Lebensmittelversorgung der Stadt Wien zu verbinden vermag, so dass auch wir, die Vertretung der bundesunmittelbaren Stadt Wien, dem Herrn Bundesminister nicht nur unsere herzlichsten Glückwünsche aussprechen, sondern seiner neuen Tätigkeit mit zuversichtlichem Vertrauen entgegenblicken (Lebhafter Beifall).

Ich habe dem Bürgermeister von Budapest Dr. Karl Szendy anlässlich seiner neuerlichen Amtsübernahme am 28. September 1935 die Wünsche der Stadt Wien telegraphisch übermittelt und darauf folgende Drahtantwort erhalten: "Für Dein freundliches Gedenken aus Anlass meiner Amtseinsetzung gesehnte bitte herzlichen Dank! Auch in der neuen Periode meiner Amtsführung werde ich mit besten Kräften bestrebt sein, dass unsere Beziehungen zur Schwesterstadt Wien sich je mehr vertiefen. In der Ueberzeugung, dass ich mich in diesen Bestrebungen auch auf Deine schätzenswerte Mitarbeit sicher werde verlassen können, begrüsse ich die Bundeshauptstadt Wien und deren hochachtbares Stadtoberhaupt vom Herzen und wünsche allen Glück und Wohlergehen. (Beifall).

Ferner teilte Bürgermeister Schmitz mit, dass der Magistrat die Annahme der Legate nach Max Schmidt trotz der mit den Legaten verbundenen Lasten und trotz der Schwierigkeit, die aus ihrer Annahme für die Stadt Wien erwachsen können, beantragt hat. Hiefür waren folgende Erwägungen massgebend: Das Vermögen der Stadt Wien erfährt durch die Legate eine ganz bedeutende Vermehrung. Der Pötzleinsdorfer Schlosspark, ein lange Zeit hindurch zielbewusster gehegter Naturpark, zeigt die fast unberührte Schönheit einer Wienerwald-Landschaft. Das Gebiet dieses Parkes zusammen mit den angrenzenden eingefriedeten und bis Neuwaldegg reichenden Besitzungen der Stadt Wien bildet einen sehr wichtigen Teil des Wald- und Wiesengürtels, so dass hier eine ganz bedeutende Wald- und Grünfläche für die Grossstadt gesichert wird. Das Schloss selbst ist ein für Pötzleinsdorf charakteristischer und historischer Bau, der als solcher erhalten bleiben soll. Die Parterreräume sollen kraft der Testamentsbestimmung für die Aufstellung der Einrichtungen des Erblassers verwendet werden. Die übrigen Räume des Schlosses bieten der Stadt Wien Gelegenheit für Ausstellungen.

Da die der Stadt Wien bestimmten Legate nicht nur einen finanziellen Wert darstellen, sondern vor allem kunst- und kulturhistorisch sowie vom Standpunkte des Naturschutzes und der Ausgestaltung und Sicherung des Wald- und Wiesengürtels sehr wertvoll sind, hat der Magistrat die Annahme

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

der Legate beantragt. Ich habe der Ansicht des Magistrates beigepflichtet und die Annahme der Legate genehmigt."

Hierauf wurden vom Bürgermeister folgende Gesetzentwürfe eingebracht:

Entwurf des Ausführungsgesetzes zum Strassenpolizei-Grundsatzgesetz 1935;

Entwurf des Ausführungsgesetzes zum Grundsatzgesetz über den Aufbau, die Einrichtung und die Aufgaben des Berufsstandes "Land- und Forstwirtschaft";

Entwurf eines Stadtgesetzes betreffend Besoldungs- und dienstrechtliche Bestimmungen für die städtischen Angestellten und Lehrpersonen;

Entwurf eines Stadtgesetzes, mit dem die Verordnung des Bundeskommissars für Wien betreffend die Erlassung einiger dienstrechtlicher Bestimmungen für die städtischen Angestellten abgeändert wird;

Entwurf eines Stadtgesetzes betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Massnahmen zur Verringerung der Zahl der Lehrpersonen an öffentlichen Volks- und Hauptschulen Wiens.

Die vorgenannten Gesetzentwürfe wurden der Kommission zur Vorberatung der Gutachten der Wiener Bürgerschaft zu Gesetzentwürfen zugewiesen.

Die Wiener Bürgerschaft genehmigte sodann ohne Debatte die Errichtung eines Familienasyles im 15. Bezirk, Minciostrasse, mit 167 Wohnungen und einem voraussichtlichen Kostenerforderniss im Betrage von 1,050.000 Schilling, weiter die Errichtung eines Familienasyles im 21. Bezirk, Floridusgasse, mit 92 Wohnungen und einem voraussichtlichen Kostenaufwand im Betrage von 580.000 Schilling. Ferner genehmigte die Bürgerschaft die Neuinstallation der öffentlichen elektrischen Strassenbeleuchtung auf der neuen Reichsbrücke mit einem voraussichtlichen Kostenerfordernis von 150.000 Schilling sowie die Erwerbung der Liegenschaften Hietzinger Hauptstrasse 2, deren Ankauf der Bau der Wiental - Autostrasse notwendig macht.

Sodann beschloss die Wiener Bürgerschaft die Verleihung der Goldenen Salvator-Medaille an Ehrenchormeister Professor Carl Führich anlässlich der Vollendung seines 70. Lebensjahres in Anerkennung seiner 25jährigen Chormeistertätigkeit im Gesangverein österreichischer Eisenbahnbeamten und in Würdigung seines mehr als 30jährigen künstlerischen Wirkens auf dem Gebiete der Musik, an den Fürsorgerat des 2. Bezirkes Georg Glassauer in Anerkennung seiner mehr als 30jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge, an den ehemaligen Bezirksrat des 11. Bezirkes Wilhelm Schossig in Anerkennung seiner mehr als 25jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge und des Schulwesens und an die Fürsorgeräte des 10. Bezirkes Hermann Dobrowolny und Josef Heinrich, den Sektionsobmann und dessen Stellvertreter des Fürsorgeamtes Fünfhaus Richard Petruschka und Karl Krickl sowie an den Fürsorgerat des 10. Bezirkes Gustav Haller und an den Fürsorgerat des 11. Bezirkes Johann Berger in Anerkennung ihrer mehr als 25jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge.

Ehrung des Sozialreformers Freiherrn von Vogelsang.

Bürgermeister Richard Schmitz hat heute anlässlich des 45. Todestages des grossen Vorkämpfers der katholischen Sozialreform Karl Freiherr von Vogelsang an dessen Grabe im Panzinger Friedhof einen Kranz mit Schleifen in den Farben der Stadt Wien niederlegen lassen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

316

Wien, am 9. November 1935.

Geehrte Redaktion!

Bürgermeister Richard Schmitz hat für die "Wiener Winterhilfe" einen Aufruf erlassen, den wir Ihnen nachstehend zur Kenntnis bringen. Wir bitten Sie, diesen Aufruf des Herrn Bürgermeisters in der morgigen Nummer Ihres geschätzten Blattes ungekürzt zu veröffentlichen!

An alle Wienerinnen und Wiener!

Mit banger Sorge sehen viele Familien in Oesterreichs Bundeshauptstadt der bevorstehenden Winterzeit entgegen. Wieder erfordert die Not von Zehntausenden unserer Mitbürger ausserordentliche Hilfsmassnahmen. Wenn auch die Arbeitslosigkeit durch die erfolgreiche Bautätigkeit der Regierung und insbesondere der Stadt Wien im letzten Jahre bedeutend gesunken ist, müssen doch noch allzu viele durch Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise unverschuldet in Not geratene Familien vor Hunger und Kälte geschützt werden.

Meinem Rufe im vergangenen Winter haben alle Kreise der Bevölkerung freudig Folge geleistet und durch grosse Geld- und Sachspenden zu einem vollen Erfolg für das schöne soziale Hilfswerk beigetragen. Mit grosser Freude konnte ich feststellen, dass sich auch die Arbeiterschaft vieler privater Betriebe an diesem Hilfswerke in beispielgebender Weise durch grosse, im Wege des Lohnabzuges bereitgestellte Spenden beteiligte. Dankbar muss ich die Opferwilligkeit der städtischen Beamten, Lehrer, Angestellten, Arbeiter und Pensionisten anerkennen, die allein einen Betrag von über 620.000 Schilling der Aktion "Wiener Winterhilfe" zur Verfügung stellten. Aber auch den Schülerinnen und Schülern der Wiener Schulen sage ich herzlichen Dank für die namhafte Spende, die sie im Wege der Schulsammlung aufbrachten.

Die Kosten der Aktion "Wiener Winterhilfe" beliefen sich auf fast 4 Millionen Schilling. Die nachstehenden Ziffern geben ein eindringliches Bild von den Leistungen dieser Aktion.

An Lebensmitteln wurden insgesamt 2,347.000 Kilogramm oder 234 Waggon, an Brennstoffen 7,683.000 Kilogramm oder 768 Waggon, an Eintopfspeisen 1,654.822 Portionen und 165.000 Kilogramm Brot zur Verteilung gebracht.

Anlässlich der Frühstücksaktion für darbenende Schulkinder wurden 200.000 Liter Kakaomilch und 66.000 Laib Brot ausgegeben.

60.000 Stück Bekleidungsgegenstände konnten aus der Kleidersammlung an Hilfsbedürftige verteilt werden.

Die Aktion Winterhilfe muss auch heuer fortgesetzt werden. Schon sind die Vorbereitungen getroffen. Bundesregierung und Stadt Wien stellen grosse Mittel im allermöglichsten Ausmass zur Verfügung und doch reichen sie nicht aus, um die gewaltigen Kosten zu decken.

Wie im Vorjahre appelliere ich daher an alle im Verdienste stehenden Mitbürger und an alle, die Vermögen und Besitz haben, für die "Wiener Winterhilfe" reichlich und rasch spenden zu wollen. Ich weiss, dass ich mich an die aus der Liebe und Treue zu unserem Volke kommende Opferbereitschaft der Wiener nicht vergebens wende. Die imposante Leistung des vorjährigen Winterhilfswerkes soll in diesem Jahre womöglich noch übertroffen werden. Tue jeder seine Pflicht-jedes Opfer für den notleidenden Bruder ist zugleich ein Unterpfand einer schöneren Zukunft für Volk und Vaterland.

Spenden mögen in der Geschäftsstelle der Wiener Winterhilfe, Wien, I., Rathausstrasse 9 (Wohlfahrtsamt) erlegt oder auf das Postsparkassenkonto der Wiener Winterhilfe Nr. 210.057 eingezahlt werden. N

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am _____

Naturalspenden werden in der Geschäftsstelle entgegen-
genommen.

Im Namen der hilfsbedürftigen Mitbürger sage ich schon
heute für alle Spenden, auch für die kleinste Gabe, herzlichsten Dank.

Wien, im November 1935.

Richard Schmitz
Bürgermeister der Stadt Wien.

Namhafte Spende der Ankerbrotwerke für die Josefstisch-Aktion.

Wie im Vorjahre hat auch heuer die Ankerbrotfabrik A.G.
den Josefstischen für die kommende Winteraktion 10.000 Laib Ankerbrot
unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Ankerbrotwerke werden für die
Dauer von etwa vier Monaten den Josefstischen täglich 100 Laib Brot lie-
fern.

Vorübergehende Absperrung der Stubenbrücke für den
Fuhrwerksverkehr.

Wegen Durchführung von Holz- und Steinpflasterungsarbei-
ten auf der im Zuge der Weisskirchnerstrasse über den Wienfluss führenden
Stubenbrücke und den Zufahrtsstrassen wird der Fuhrwerksverkehr von der
Inneren Stadt zur Landstrasse von Montag, 7 Uhr, an bis Mittwoch, 19 Uhr, ge-
sperrt und über die Kleine Marxerbrücke - Vorderer Zollamtsstrasse zur Land-
strasse Hauptstrasse geführt.

Ein Grabdenkmal für den Komponisten F.P. Fiebrich.

Sonntag, den 17. November, 11 Uhr findet im Dornbacher Fried-
hof die feierliche Enthüllung des vom Bildhauer Professor Carl Philipp
geschaffenen Grabdenkmales für den am 24. Februar d.J. verstorbenen hervor-
ragenden Wiener Komponisten Franz Paul Fiebrich statt. Die Durchführung der
Vorarbeiten und die Aufbringung der Mittel für das Grabdenkmal hatte der
"Alt-Wiener-Klub" übernommen. Komponist Fiebrich hat auf allen Gebieten der
Musik bedeutende Werke geschaffen. Seine bekanntesten Lieder sind "Das
grösste Glück", "Dem Herrgott sein Meisterstück", "Das Weanerlied" und
"In der Fassbindergasse".

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Zweite Ausgabe

317

Wien, am 9. November 1935

Spenden der Angestellten der Stadt Wien für die Winterhilfe.

Auf Anregung des Bürgermeisters der Stadt Wien Richard Schmitz haben sich die Angestellten, Bediensteten, die Lehrpersonen und die Pensionisten der Stadt Wien im Wege der zuständigen Kameradschaften bereit erklärt, ebenso wie im Vorjahre auch heuer durch fünf Monate allmonatlich ungefähr 1 Prozent ihrer Bezüge für die Winterhilfsaktion zu spenden. Die leitenden Beamten mit höheren Bezügen werden über diese Spende hinaus noch höhere Beträge der Aktion zuführen. Die Spendenbeträge werden durch Abzug von den Bezügen in der Zeit vom 1. Dezember bis 1. April geleistet.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

318

Wien, am 11. November 1935.

Strassenbahnfahrpreis am Leopoldi-Tag.

Am 15. November gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Werktagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten sowie der Kleinzonen- und Kurzstreckentarif haben daher Gültigkeit. Die Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten dürfen für die Rückfahrt schon von 11 Uhr an benützt werden. Die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine zu 64 Groschen und die kombinierten Sonn- und Feiertags-Rückfahrtscheine für Strassenbahn und Bundesbahn sind am Leopolditag ungültig. Der Autobusverkehr bleibt am 15. November aufrecht.

Die städtischen Bäder am Leopoldi-Tag.

Am 15. November sind die städtischen Dampf-, Wannen- und Brausebäder von 8 Uhr bis 13 Uhr und die Schwimmhallen des städtischen Amalienbades und des städtischen Jörgerbades von 8 Uhr bis 19 Uhr offen.

Mütterschule der Stadt Wien.

Am der Mütterschule der Stadt Wien beginnt am 14. November ein neuer Säuglingskurs mit anschliessendem Praktikum in einem Säuglingsheim. Anmeldungen und Auskünfte in der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, 6., Brückengasse 3, Fernruf B 25-4-19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

319

Wien, am 12. November 1935.

1.500 städtische Angestellte bei der Männerwallfahrt nach Klosterneuburg.

Wie schon berichtet, fand am letzten Sonntag die Männer-Wallfahrt nach Klosterneuburg anlässlich des bevorstehenden Leopoldfestes statt. An der Wallfahrt nahmen auch etwa 1.500 städtische Angestellte und Arbeiter teil. Nach der Feier im Stiftshofe versammelten sich diese in den Stiftskellersälen, wo sich auch Kardinal Erzbischof Dr. Innitzer, Bürgermeister Richard Schmitz, Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder und viele andere prominente Persönlichkeiten eingefunden hatten.

Im Namen der Dienststellenorganisation Wien der V.F. betonte Landesfachleiter -Stellvertreter Rechnungsrat Deschka in einer Ansprache, dass die städtischen Angestellten und Arbeiter aus freiem Willen in so grosser Zahl zum erstenmal an der Männerwallfahrt teilgenommen haben.

Sodann ergriff, stürmisch begrüsst, Bürgermeister Schmitz das Wort und gab unter anderem seiner Freude Ausdruck, dass die städtischen Angestellten und Arbeiter durch die überwältigende Teilnahme an der Kundgebung den Beweis ihrer inneren Umstellung erbracht haben.

Kardinal Erzbischof Dr. Innitzer dankte den Versammelten für die eindrucksvolle Manifestation des neuen Geistes, der, wie er sich schon durch viele Visitationen städtischer Betriebe und Unternehmungen überzeugt habe, auch unter den städtischen Angestellten und Arbeitern festen Fuss gefasst habe.

Andauernd starker Verkehr auf der Höhenstrasse.

Der Verkehr auf der Wiener Höhenstrasse am letzten, dem 4. Sonntag nach ihrer Eröffnung zeigte, dass die Höhenstrasse schon zu einem beliebten Ausflugsziel der Wiener Automobilisten geworden ist. Die grosse Menge der Autobusfahrgäste und die vielen Hunderte von Ausflüglern wieder bewiesen, dass durch die Anlage der Wiener Höhenstrasse die Erschliessung des Kahlenberges und des Leopoldsberges vollkommen geglückt ist.

Die Höhenstrasse wurde am letzten Sonntag von 1.695 Automobilen, 867 Motorrädern und 963 Radfahrern befahren. Den Autobusverkehr Grinzing-Kahlenberg-Grinzing besorgten 18 städtische Autobusse, die 157 Berg- und Talfahrten unternahmen und insgesamt 4.216 Personen auf den Kahlenberg und zurück beförderten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

320

Wien, am 12. November 1935

Die Einwohnerverzeichnung in Wien.

Der Wiener Magistrat teilt amtlich mit: Die durch das Einwohnergesetz angeordnete Einwohnerverzeichnung beginnt in Wien am 2. Dezember 1935. Zur Vorbereitung ist für jedes Haus ein Vordruck des Verzeichnisses der Wohnungsinhaber samt der entsprechenden Anzahl der Wohnungslisten vom Hausbesitzer oder seinem Bestellten in der Zeit vom 18. bis 22. November 1935 bei der nach der Lage des Hauses zuständigen Bezirkshauptmannschaft abzuholen.

Zur leichteren Abfertigung wird empfohlen, die Vordrucke nach den Anfangsbuchstaben der Strassen-, (Gassen-, Platz-)benennung an folgenden Tagen von 8 Uhr bis 15 Uhr zu beheben:

- A bis F am Montag, den 18. November d. J.,
- G bis K am Dienstag, den 19. November d. J.,
- L bis Q am Mittwoch, den 20. November d. J.,
- R bis S am Donnerstag, den 21. November d. J.,
- T bis Z am Freitag, den 22. November d. J.

Die an diesen Tagen nicht behobenen Vordrucke sind unbedingt am Samstag, den 23. November 1935, von 8 Uhr bis 13 Uhr abzuholen.

Die vollständig und wahrheitsgetreu ausgefüllten Vordrucke sind vom Hausbesitzer oder seinem Bestellten in der Zeit vom 25. bis 27. November 1935 zwischen 8 Uhr und 15 Uhr bei derselben Bezirkshauptmannschaft abzuliefern.

.....

Tafeltrauben und Frischmost auf der Leopoldi-Weinkost.

Die Wiener Landwirtschaftskammer hat für die Josefstisch-Aktion eine grössere Menge Wiener Tafeltrauben gespendet, die auf der Leopoldi-Weinkost im Wiener Konzerthaus vom 14. bis 17. November als Trauben und Frischmost zum Verkauf kommen werden. Die Trauben werden in einer richtigen Weinpresse vor den Augen des Publikums abgepresst werden.

Die Tafeltraubenkultur im Wiener Weingebiet war vor dem Kriege ziemlich bedeutend. Die Wiener Tafeltrauben waren sehr gesucht und gingen bis nach Galizien. Die Tafeltraubenkultur setzte erst vor einigen Jahren wieder in bemerkenswertem Umfange ein und wird jetzt vorwiegend in Neustift am Walde, Sievring und Grinzing betrieben.

Heuer wurde zum erstenmal der Versuch unternommen, die Trauben auf längere Zeit zu erhalten. Zu diesem Zwecke wurden sie im Kühlhaus der Stadt Wien bei 0 bis 1 Grad eingelagert.

Der gesamte Erlös dieser begrüßenswerten Aktion der Wiener Landwirtschaftskammer fließt ungekürzt den Josefstischen zu.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Obersenatsrat Dr. Schwarz in Ruhestand getreten.

Der langjährige erste Direktor der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Obersenatsrat Dr. Anton Schwarz ist mit heutigem Tage in den Ruhestand getreten. Aus diesem Anlasse hat ihm Bürgermeister Richard Schmitz in Gegenwart des Magistratsdirektors Dr. Hiessmanseder, des Leiters des städtischen Finanzamtes Obersenatsrates Dr. Neumayer sowie sämtlicher Mitglieder des Verwaltungsausschusses und der Direktion der Zentralsparkasse Dank und Anerkennung der Stadt Wien ausgesprochen und ihm das von Bundespräsident Miklas verliehene Komturkreuz des österreichischen Verdienstordens überreicht.

Mit Obersenatsrat Direktor Dr. Schwarz scheidet einer der dienstvollsten und bewährtesten Beamten der Zentralsparkasse aus dem Institut. Er ist im Jahre 1896 in den städtischen Dienst getreten und zunächst mehrere Jahre hindurch bei verschiedenen magistratischen Bezirksämtern verwendet worden. Seine Befähigung und seine Kenntnisse haben die damalige Stadtverwaltung veranlasst, ihn im Jahre 1902 in das wichtige Gewerbe-Departement zu berufen, dem er bis zum Jahre 1918 angehörte. Hierauf war er kurze Zeit als Vorstand der Magistratsabteilung für Sachabrüstung und Uebergangswirtschaft tätig. Am 3. Juli 1919 wurde Dr. Schwarz zum Vorstand der Magistratsabteilung für Finanzangelegenheiten und Gemeindeabgabenverwaltung ernannt, 1923 zum Senatsrat und kurz darauf zum Obersenatsrat befördert. Wegen seiner hervorragenden Kenntnisse auf finanzpolitischem und volkswirtschaftlichem Gebiete wurde er am 23. September 1924 zum Direktor der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien bestellt. Direktor Dr. Schwarz hat sich auch auf diesem Posten besonders bewährt. Er hat das Institut zur vollen Zufriedenheit geleitet und es die ganze Zeit hindurch sicher und zielbewusst geführt.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

321

Wien, am 13. November 1935.

Selbstmord eines vierzehnjährigen.

Der Stadtschulrat für Wien teilt mit: In der Knaben-Hauptschule, 9., Glasergasse 8, sprang heute vormittag während der 11 Uhr-Pause der Schüler der 4. b Klasse Alois Sagelmeister aus einem Fenster des zweiten Stockwerkes in die Tiefe, wo er tot liegen blieb. Der Stadtschulrat hat sofort eine Untersuchung angeordnet. Nach dem gegenwärtigen Stand der Erhebungen trifft die Schule an dem beklagenswerten Ende des über sein Alter entwickelten Knaben keine Schuld.

Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 31 b vergibt die Anstreicherarbeiten für den Bau des dritten Familienasyls in der Ettenreichgasse; Anbotsverhandlung 22. November, 9 Uhr, Neues Amtshaus, Ebendorferstrasse 1. Die Magistratsabteilung 32 vergibt die Baumeisterarbeiten für den Umbau des städtischen Hauses Am Hof 7; Anbotsverhandlung 27. November, 10 Uhr, Neues Rathaus, Stiege 6, Mezzanin. Nähere Auskünfte in den genannten Magistratsabteilungen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

322

Wien, am 11. November 1935

Ein Festtag des Wiener Fortbildungsschulwesens.

Aus Anlass des 25jährigen Bestandes des ersten Hauptfortbildungsschulgebäudes in der Mollardgasse fand heute eine Festversammlung und anschliessend daran die Eröffnung eines Schul-Tonfilmkinos statt, das der Fortbildungsschulrat mit Genehmigung des Bürgermeisters geschaffen hat. Das mit allen zeitgemässen Erfordernissen ausgestattete Tonkino wird eine wertvolle Bildungsstätte für die gewerbliche Jugend sein.

Zur Festversammlung hatten sich unter anderem eingefunden Kardinal Erzbischof Dr. Innitzer, in Vertretung des Bundesministeriums für Handel und Verkehr Sektionschef Dr. Wolgemuth, Ministerialrat Dr. Ecker vom Bundesministerium für Unterricht, der zweite Präsident des Stadtschulrates für Wien Hofrat Professor Krasser, Obersenatsrat Dr. Hornek, der Vorstand des Präsidialbüros der Stadt Wien Senatsrat Jiresch, Landesschulinspektor Hofrat Dr. Bernhard, die leitenden Beamten, die Oberdirektoren und Leiter der Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen, die Mitglieder der Fachinspektion für den gewerblichen Unterricht, zahlreiche Räte der Stadt Wien, Kontrollamtsdirektor Müllner und viele Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie.

Nach einem von Dr. Alfred Wurmb verfassten und gesprochenen Festprolog gab der Leiter des Wiener Fortbildungsschulrates Hofrat Dr. Gart einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung des Fortbildungsschulwesens in Wien. Das erste Fortbildungsschulgebäude wurde im Schuljahre 1910/11 bezogen und machte es möglich, die gewerblichen Fortbildungsschulen nicht nur während des Tages unterzubringen, sondern auch den für die Ausbildung der Lehrlinge unbedingt notwendigen Lehrwerkstättenunterricht einzurichten. Der Redner betonte, dass die Einführung des Tagesunterrichtes und des Wochentagsunterrichtes durchaus nicht die Erfüllung des Programmes einer einzelnen weltanschaulichen und politischen Richtung war, sondern schon von jeher von der gewerblichen Unterrichtsverwaltung angestrebt wurde. Nach den Februartagen des Jahres 1934 hat in voller Erkenntnis der Bedeutung der Heranbildung des gewerblichen Nachwuchses Bürgermeister Schmitz als Bundeskommissär für den gewerblichen Fortbildungsschulrat die Geschäfte dieser Körperschaft übernommen. Dank der Mitarbeiterschaft der Beamten, der Leiter und Lehrer ist die vollständige Ausschaltung jeder irgendwie schulfremden Parteirichtung der gewerblichen Jugend gelungen. Die Lehrlinge und Lehrmädchen sind von einem grossen Lebensernst und Eifer geleitet. Ein christliches Oesterreich, das vor 25 Jahren eine solche Tat vollbrachte, wie es die Errichtung dieses Hauses darstellt, das heute mit allen modernsten Errungenschaften ausgestattet neue Zukunftsmöglichkeiten schafft, um dieses Oesterreich braucht uns nicht bange zu sein. (Lebhafter Beifall).

Mit stürmischem Beifall begrüsst ergriff sodann Bürgermeister Richard Schmitz das Wort und führte aus: "Um die Jahrhundertwende hatte die gewerbliche Jugend das Bestreben nach einem gesicherten Tagesunterricht, den Wunsch, in ihrem Fach ganz ausgebildet und nicht erst abends unterrichtet zu werden, nachdem sie von der Werkstatt müde und erschöpft in irgendeinen Abendkurs gekommen war. Zur praktischen Meisterlehre hinzu wollten die Lehrlinge von damals eine regelrechte, planmässige Ausbildung in ihrem Gewerbe und eine Befestigung und Ergänzung ihres allgemeinen Wissens. Heute können die,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

die den schweren Kampf, der damals um die Einführung des Tagesunterrichtes an den gewerblichen Fortbildungsschulen geführt wurde, nicht selbst erlebt haben, im fast nicht mehr verstehen, denn wir sind heute ein armes, kleines Land und darauf angewiesen, alles aus unseren eigenen Begabungen und Kräften herauszuholen. Heute hat nicht wie früher jeder junge Mensch sozusagen den Marachallstab in seinem Tornister, heute muss sich jeder Einzelne und muss sich auch die Gesamtheit das Glück der Zukunft durch erhöhte Tüchtigkeit, durch persönliche Leistung erarbeiten. Darum empfinden wir es heute als selbstverständliche Pflicht, der gewerblichen Jugend die Wege in die Zukunft leichter und erfolgreicher zu machen, damit auch dem ganzen Gewerbe, der Industrie, dem Wirtschaftsleben und damit dem Kulturleben die Zukunft zu sichern. Da es sich dabei um die restlose Ausbildung der inneren Qualität im Menschen und in seiner Leistung handelt, haben wir den Schritt gewagt, das letzte Gebiet, das bisher im Fortbildungsschulwesen noch vernachlässigt schien, den Religionsunterricht hier einzufügen. Wir wissen aus vielen bitteren Erfahrungen, dass kein Mensch die Religion ganz entbehren kann, dass aber vor allem die jungen Menschen von dieser Kraftquelle nicht ferngehalten werden dürfen. Die Einführung des Religionsunterrichtes hat sich ohne Reibungen und ohne Schwierigkeiten mit Erfolg vollzogen, das beweist, wie dankbar die Jugend von heute für jedes Bemühen ist, das der Entfaltung ihrer Fähigkeiten und seelischen Anlagen gilt. Und nun soll das modernste Mittel des Unterrichts- und Bildungswesens als ein Geschenk zum 25jährigen Jubiläum dazukommen. Aus dem Geist heraus, der uns heute alle ausnahmslos erfüllt, der jungen Generation alles zu geben, was die Aelteren an pädagogischem und technischem Wissen und an wirtschaftlichen Erfahrungen zu bieten vermögen, übergebe ich das neue Tonkino seiner Bestimmung (Brausender Beifall).

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

323

Wien, am 15. November 1935.

Bürgermeister und Bürgerschaft in Klosterneuburg.

Wie im Vorjahre hat auch heute, am Festtag des hl. Leopold, auf Ersuchen des Bürgermeisters vor ^{dem} Grab des Heiligen, dem Verduner Altar in der Krypta der Stiftskirche Klosterneuburg, Generalabt Dr. Kluger eine heilige Messe gelesen. An dem Gottesdienst nahmen teil Bundesminister Baar-Baarenfels, Bürgermeister Richard Schmitz und die Vizebürgermeister Dr. Kresse und Dr. Winter, Bürgermeister Eselböck mit einer Abordnung des Klosterneuburger Gemeindetages, ferner Magistratsdirektor Dr. Hiesmannseder, Bundeskommissär Dr. Fleisch, der Vorstand des Präsidialbüros Senatsrat Jiresch, die Räte der Stadt Wien, die leitenden Beamten des Magistrates, die Direktoren der städtischen Unternehmungen, die Bezirksvorsteher und die Leitungsmitglieder der Kameradschaft der städtischen Bediensteten. Nach der Messe besichtigten die Fahrtteilnehmer unter der Führung des Schatzmeisters des Stiftes, Professor Dr. Pauker, die Sehenswürdigkeiten des Stiftes.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 321.

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 16. November 1935.

Die Ueberprüfung der Fürsorgebücher.

Der Magistrat teilt mit, dass der Termin für die Ueberprüfung der Fürsorgebücher bis Samstag, den 23. d., erstreckt worden ist. Alle Fürsorgebuchinhaber, die im kommenden Winter eine Unterstützung der amtlichen oder privaten Fürsorge ansprechen wollen und die bisherige Frist versäumt haben, müssen sich im Laufe der kommenden Woche bei ihrem zuständigen Fürsorge- rat in den Sprechstunden melden. Mitzubringen sind die Personaldokumente aller Haushaltangehörigen (auch der Kinder), sowie die Nachweise über das Einkommen dieser Personen (Arbeitslosenkarte, Rentenbescheide, Bezugsbücher und dergleichen) und das Fürsorgebuch. Wer nicht bis Samstag, den 23. d., sein Fürsorgebuch durch den zuständigen Fürsorgerat überprüfen lässt, läuft Gefahr, den Anspruch auf Betsilung durch die Winterhilfe zu verlieren. Fürsorgebücher, die vom 1. Oktober d. J. an neu ausgefertigt worden sind, bedürfen keiner Ueberprüfung durch den Fürsorgerat.

Die Einwohnerverzeichnung in Wien.

Der Wiener Magistrat teilt amtlich mit: Die durch das Einwohnergesetz angeordnete Einwohnerverzeichnung beginnt in Wien am 2. Dezember 1935. Zur Vorbereitung ist für jedes Haus ein Vordruck des Verzeichnisses der Wohnungsinhaber samt der entsprechenden Anzahl der Wohnungslisten vom Hausbesitzer oder seinem Bestellten in der Zeit vom 18. bis 22. November 1935 bei der nach der Lage des Hauses zuständigen Bezirkshauptmannschaft abzuholen.

Zur leichteren Abfertigung wird empfohlen, die Vordrucke nach den Anfangsbuchstaben der Strassen-, (Gassen-, Platz-) benennung an folgenden Tagen von 8 Uhr bis 15 Uhr zu beheben:

- A bis F am Montag, den 18. November d. J.,
- G bis K am Dienstag, den 19. November d. J.,
- L bis Q am Mittwoch, den 20. November d. J.,
- R bis S am Donnerstag, den 21. November d. J.,
- T bis Z am Freitag, den 22. November d. J.

Die an diesen Tagen nicht behobenen Vordrucke sind unbedingt am Samstag, den 23. November 1935, von 8 Uhr bis 13 Uhr abzuholen.

Die vollständig und wahrheitsgetreu ausgefüllten Vordrucke sind vom Hausbesitzer oder seinem Bestellten in der Zeit vom 25. bis 27. November 1935 zwischen 8 Uhr und 15 Uhr bei derselben Bezirkshauptmannschaft abzuliefern.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

325

Wien, am 18. November 1935

Sehr geehrter Herr Kollege!

Morgen, Dienstag,

P R E S S E K O N F E R E N Z

über den Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1936.

Zusammenkunft der Kollegen Kommunalredakteure pünktlich 18
Uhr in der Rathauskorrespondenz .

Mit kollegialem Gruss

F.X.Friedrich.

.....

Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 28 vergibt die Erd- und Baumeisterarbeiten für den Bau des Brünnerstrasse-Entlastungskanales vom Hochwasserschutzdamm bis zum Hebewerk bei der Fännergasse im 21. Bezirk (Kostenerfordernis 106.320 Schilling); Anbotsverhandlung 2. Dezember, 9 Uhr, Hermannsgasse 24-28. Nähere Auskünfte in der genannten Magistratsabteilung.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

326
Wien, am 19. November 1935

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 1936.

Der Bürgermeister hat am Dienstag, dem 19. November, den Entwurf des Voranschlages der bundesunmittelbaren Stadt Wien für das Jahr 1936 in der Sitzung des Haushaltsausschusses der Wiener Bürgerschaft eingebracht.

Die laufende Gebarung, welche die Ansätze des erweiterten ausserordentlichen Investitionsprogrammes nicht umfasst, sieht Ausgaben von 329,233.510 S und Einnahmen von 301,655.800 S vor. Sie schliesst demnach mit einem Abgang von 27,577.710 S. Nach Ausscheidung der kassamässig unwirksamen Durchführungen per 27,532.470 S verbleiben an Ausgaben 301,701.040 S und Einnahmen von 274,123.330 S. Der Voranschlag für das Jahr 1935 in der Fassung des Nachtragsvoranschlages vom 1. März 1935 zeigte laufende Ausgaben von 315,713.710 S und laufende Einnahmen von 299,617.430 S. Er schloss also mit einem Abgang von 16,096.280 S. Will man zum Vergleich auch die Ergebnisse der Jahresrechnung 1934 heranziehen, so ist aus den Ausgaben dieses Jahres per 360,351.730 S das Erfordernis des ausserordentlichen Investitionsprogrammes für 1934 ^{im Betrage von 10,382.250 S} auszuscheiden und andererseits von den Einnahmen per 360,415.200 S der Erlös aus den im Jahre 1934 begebenen Schatzscheinen im Betrage von 39,437.940 S abzusetzen. Die für 1936 veranschlagte laufende Gebarung ist dann gegenüber den tatsächlichen und zwar ohne Berücksichtigung des Investitionsprogrammes bzw. des Ueberbrückungskredites erstellten Ergebnissen des Jahres 1934 in den Ausgaben um 20,735.970 S und in den Einnahmen um 19,321.460 S niedriger. Die Senkung beträgt bei den Ausgaben 5,9 Prozent und bei den Einnahmen 6 Prozent. Dies beweist, dass die Stadtverwaltung bemüht ist, im Rahmen ihrer pflichtgemässen Tätigkeit äusserste Sparsamkeit walten zu lassen. Trotzdem zwingen die Verhältnisse, zur Deckung des Abganges von 27,5 Millionen S die heute bestehenden, wie die Erfahrung beweist, leider noch unzulänglichen Einnahmen einer Ueberprüfung zu unterziehen.

Für die Beendigung der Vorhaben des erweiterten ausserordentlichen Investitionsprogrammes, das bekanntlich für 1935 und 1936 mit einer Gesamtsumme von 91 Millionen S erstellt ist, wird nach dem derzeitigen Stande der Ausführung für 1936 sicher ein Betrag von 35,412.000 S zur Verfügung stehen, da von der Gesamtsumme des Programmes im Jahre 1934 10,382.250 S zur Zahlung fällig geworden sind und für das Jahr 1935 mit Zahlungen in der Höhe von 45,205.750 S zu rechnen ist.

In der laufenden Gebarung sind Investitionen im Gesamtbetrage von 4,775.800 S vorgesehen, die Ausgaben für die Erhaltung der Gebäude und Mobilien, die Nachschaffung von Einrichtung und Wäsche, die Beschaffung von Materialien und andere arbeitschaffende laufende Ausgaben betragen rund 34,5 Millionen S, so dass der Voranschlag der Hoheitsverwaltung allein der Wirtschaft insgesamt eine Summe von rund 75 Millionen S unmittelbar zuführt. Dazu sind die Ausgaben für Investitionen der städtischen Unternehmungen von rund 25 Millionen S zu rechnen, so dass sich aus Voranschlag und Wirtschaftsplänen die schöne Summe von rund 100 Millionen S ergibt, die aus der Wiener Stadtverwaltung unmittelbar der Wirtschaft zufließt. Voranschläge für eine etwaige Erweiterung des Investitionsprogrammes bzw. für ein zusätzliches Programm können im gegenwärtigen Zeitpunkte noch nicht gemacht werden. Sobald jedoch die Sicherstellung der erforderlichen Geldmittel erfolgt ist, wird ähnlich wie beim Bund an die Einbringung eines Nachtragsvoranschlages gedacht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am _____

I.

Allgemeine Verwaltung.

Der gesamte Personalaufwand wird mit insgesamt 144,254.600 S (gegen 141,458.290 S laut Rechnungsabschluss 1934 und 143,141.410 S im Voranschlag 1935) angenommen. Die Erhöhung gegenüber 1935 ist auf normale Vorrückungen, auf die seit Jahren fälligen Massnahmen zugunsten der Heimkehrer und Kriegsbeschädigten unter der Angestelltenschaft, auf zahlreiche Pensionierungen und die dadurch mögliche Einstellung von jungem Personal zurückzuführen. Von den Gesamtausgaben erfordert der Personalaufwand 43'8 Prozent. Auf die Aktivitätsbezüge entfallen 99,734.630 S, auf die Pensionen 44,519.970 S. Der Personalaufwand für das Schulwesen allein stellt sich auf 51,883.810 S, d. s. 36 Prozent des gesamten Personalaufwandes. Der Personalstand betrug am 1. August 1935 22.472 Aktive (darunter 99 Aspiranten und 486 Junglehrer) und 12.637 Pensionsparteien, zusammen 35.109 Personen (gegen 22.027 Aktive und 12.387 Pensionsparteien, zusammen 34.414 Personen am 1. August 1934).

Das Schulwesen wird einschliesslich der Ausgaben für die Schuhygiene usw. insgesamt einen Aufwand von 59,003.580 S, d. s. 17'9 Prozent des Gesamtaufwandes erfordern (gegen 59,925.980 S im Jahre 1934 und 59,151.960 S im Voranschlag 1935). Der Rückgang ist neben einer Verminderung des Personalaufwandes vor allem darin begründet, dass in den Vergleichsjahren noch Kosten für die seither fertiggestellte neue Schule XIII., Veitingergasse, enthalten waren. Die Anzahl der eingeschriebenen Schüler ist im steten Rückgang, sie stellt sich im September 1935 auf 126.620 gegen 134.620 im Jahre 1934.

Hervorhebung verdient auch die Post Aufwendung ^{on} zur Hebung des Fremdenverkehrs. Während im Jahre 1934 für diesen Zweck 248.490 S verausgabt wurden, ist für 1936 ein Betrag von 450.000 S, also fast das Doppelte eingesetzt. Neue Posten sind im vorliegenden Budget vorgesehen für ^{die} Ehrgaben der Stadt an Hausgehilfinnen mit langjähriger Dienstzeit und für die zufolge des neuen Wiener Kinogesetzes anfallenden Entschädigungen für den Filmbeirat. Ebenso sieht nunmehr der Voranschlag für das Jahr 1936 die durchführungsweise Verrechnung des vermutlichen Reinertragnisses (50.000 S) des Balles der Stadt Wien vor, mit dem der Voranschlag für das Jahr 1935 noch nicht hatte rechnen können, da bei dessen Abfassung die Abhaltung dieser Veranstaltung zu Gunsten der Armen Wiens noch nicht feststand.

II.

Finanzamt.

Die Erträgnisse der eigenen Abgaben sind einschliesslich der Zwangsverfahrensgebühren und der Zuschläge zu den Bundesgebühren mit 103,110.000 S angenommen (Rechnungsabschluss 1934: 122,365.350 S, Nachtragsvoranschlag 1935: 102,040.000 S). Die Ertragsanteile an den mit dem Bund gemeinschaftlichen Abgaben sind entsprechend den Mitteilungen des Bundesministeriums für Finanzen mit 54,440.000 S angesetzt. Insgesamt erwartet der vorliegende Voranschlag aus dem Titel des Steuerwesens Einnahmen von 157,565.200 S. Aus dem gleichen Titel brachte das Jahr 1934 einschliesslich der bis dahin gesondert ausgewiesenen Erbgebühreuzuschläge Einnahmen von 173,333.740 S, während der Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1935 mit 155,240.000 S rechnete. Nach einer Reihe von Jahren des Abgleitens sollen

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am _____

daher diese Einnahmen das erste Mal ein, wenn auch bescheidenes Mehrertragnis bringen. Immerhin stellt diese Ziffer noch nicht die Hälfte der in dem Konjunkturjahre 1929 vorgesehenen Ertragssumme von 355,989.230 S dar. Der Rückgang der Einnahmen aus dem Steuerwesen tritt auch in ihrem Anteil für die Deckung der Gesamtausgaben deutlich hervor: Während im Jahre 1929 68,3 Prozent aller Ausgaben aus diesen Einnahmen bestritten werden konnten, werden die Steuern von den laufenden Ausgaben des Jahres 1936 nur 47,9 Prozent zu decken vermögen!

Die Abfuhr der städtischen Unternehmungen sind mit rund 22,5 Millionen Schilling, also ungefähr in der gleichen Höhe wie für 1935, veranschlagt.

Der Schuldendienst erfordert 25,655.940 S. Der Dienst für die titrierten Anleihen sowie für die Forderungen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und für die im Zuge der Bundeswohnbauförderung aufgenommenen Hypothekarkredite wird einen Nettoaufwand von 2,880.940 S erfordern. Für die Annuitätenzahlungen des zur Finanzierung des ausserordentlichen Investitionsprogrammes genehmigten Hypothekarkredites und für die Tilgung und die Escomptespesen der Schatzscheinkredite der Jahre 1934 und 1935 ist insgesamt ein Betrag von 22,775.000 S vorgesehen.

Für Subventionen und dergleichen wird ein Kredit von 550.000 S bereitgestellt (Rechnungsabschluss 1934: 464.080 S, Voranschlag 1935: 500.000 S). Diese Ziffer findet ihre Begründung in der Gefährdung zahlreicher wertvoller Einrichtungen, die im Interessenbereich der Stadtverwaltung liegen, durch die langandauernde Wirtschaftskrise.

III.

Wohlfahrtsamt.

Für das Wohlfahrtswesen sind einschliesslich der in anderen Hauptstücken veranschlagten Gebarungen mit Wohlfahrtscharakter und einschliesslich des Anteiles am allgemeinen Personal- und Sachaufwand 108,482.650 S Gesamtausgaben vorgesehen (Rechnungsabschluss 1934: 104,985.110 S, Nachtragsvoranschlag 1935: 106,704.570 S). Das Wohlfahrtswesen wird somit 33 Prozent des Etats der laufenden Gebarung in Anspruch nehmen.

So sehr die Stadtwirtschaft im allgemeinen nach den Grundsätzen strengster Sparsamkeit geführt wird, erwies es sich doch als notwendig, auf einzelnen Gebieten des Wohlfahrtswesens eine bescheidene Erweiterung eintreten zu lassen. So wird die Mutterhilfe für mittellose Frauen ausgebaut. Die Kindergärten und Horte werden um 5 Abteilungen vermehrt. Die Jugendpflege in Anstalten wird durch eine Belagerhöhung der städtischen Kinderheilanstalt in San Pelagio um 10 Plätze und durch stärkere Heranziehung von privaten Kinderheimen erweitert. Das Obdachlosenheim erfährt durch Errichtung eines zweiten Heimes einen Ausbau, der den bisher ungünstigen Verhältnissen der Asylabteilung abhelfen, die Trennung nach Geschlecht und Alter verbessern und in 18 Einzelräumen obdachlosen Müttern mit ihren Kindern Aufenthalt gewähren soll. Insbesondere steht die letztgenannte Aktion im Dienst der möglichststen Erhaltung des Familienverbandes. Im Krankenhaus Lainz sollen drei Abteilungen eine Belagsvermehrung um insgesamt 50 Betten erfahren. Der ständige Mangel an Betten für tuberkulose Männer erfordert eine Vermehrung der in der Heilanstalt Alland-Wien zur Verfügung stehenden Betten um weitere 10 Plätze. Für die Unterbringung gesunder, durch ihre tuberkulose Umgebung

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

gefährdeter Kinder in Familienpflege sind 65 statt der bisherigen 50 Plätze vorgesehen. Auch andere Zweige der Gesundheitspflege werden ausgebaut; so wird die augenärztliche Zentrale wieder eröffnet, die Tuberkulinprobe auch in den Kindergärten eingeführt und die Erstuntersuchung durch den schulärztlichen Dienst ausnahmslos auf alle Kinder der Pflichtschulen ausgedehnt. Schliesslich wirken sich im Voranschlag auch die bereits im Jahre 1935 eröffnete Eheberatungsstelle sowie die Erweiterung des Entbindungsheimes aus.

In Gruppen zusammengefasst ergeben sich folgende Vergleichsziffern:

Die Pflegegelder, Pflegebeiträge, Erhaltungsbeiträge und die Beiträge zu den Notstandsaushilfen und Altersrenten sind ohne Berücksichtigung der Geld- und Sachaushilfen mit 37,770.000 S vorgesehen (Rechnungsabschluss 1934: 36,099.310 S, Voranschlag 1935: 36,650.000 S). Hier wie bei anderen Ausgaben erklärt sich die anhaltende Steigerung auch durch die Auswirkung der Sozialgesetzgebung des Bundes.

Die Unterbringung und Verpflegung in eigenen Anstalten wird ^{erfordern} 29,551.870 S (gegen 27,649.720 S im Jahre 1934 und 29,690.090 S laut Voranschlag 1935), jene in fremden Anstalten 12,602.600 S (gegen 13,536.350 S im Jahre 1934 einschliesslich einer in diesem Jahre geleisteten Nachzahlung an den Wiener Krankenanstaltenfonds per 3 Millionen S und 12,374.400 S laut Nachtragsvoranschlag 1935). Von dem gesamten aus der Anstaltspflege zu erwartenden Aufwand per 42,154.470 S werden durch Verpflegungskostenersätze nur 5,012.000 S, d. s. 11,9 Prozent gedeckt.

Die Sorge für die von der Verarmung ihrer Eltern besonders schwer getroffenen Grosstadtkinder führt zum Ausbau der Schulhygiene und der Tuberkulosenfürsorgestellen sowie zur Wiedereröffnung von 5 geschlossenen Kindergarten- und Hortabteilungen; dadurch steigt der Aufwand für diese Stellen von 4,788.450 S im Jahre 1934 bzw. 5,092.570 S laut Voranschlag 1935 auf 5,235.810 S.

Bei der Rubrik Förderung von Hilfsaktionen sind für die Winterhilfe 1,500.000 S, also um 500.000 S mehr als 1935, veranschlagt.

Die Ueberschüsse des Wiener Bürgerspitalsfonds (rund 102.000 S) und des Bürgerladfonds (rund 13.000 S) sind wie im Jahre 1935 für Zuwendungen an arme Wiener Bürger gewidmet.

IV.

Wohnungsamt.

Die Einnahmen der städtischen Wohnhäuser sind mit 19,046.930 S veranschlagt, also ungefähr ebenso hoch wie für 1935. Das Erträgnis dieses Betriebszweiges wird mit rund 3 1/3 Millionen S vorausgesehen. Es werden also, wie dies bei der Angleichung der Mietzinse beabsichtigt war, die Mietzinse der städtischen Wohnhäuser in dieser Höhe zur Bestreitung der Kosten der Kreditoperationen beizutragen vermögen.

Die Fortführung der Aktion Errichtung von Familienasylen ist auf das ausserordentliche Investitionsprogramm verwiesen, so dass die betreffende Rubrik in der laufenden Gebarung entfällt.

Für eine Fortsetzung der Stadttranssiedlungs-Aktion kann im Hinblick auf das vorhandene Defizit in der laufenden Gebarung nichts vorgesehen werden. Falls sich die Möglichkeit ergeben wird, einen Nachtragsvoranschlag aufzustellen, wird-soferne auch vom Bund die entsprechenden Darlehensbeträge bewilligt werden können-die Stadtverwaltung auch ihrerseits bemüht sein, die Mittel für eine fünfte Aktion zur Verfügung zu stellen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am _____

Für die Gewinnung von Wohnraum in schon bestehenden Objekten, die in einer ihrer ursprünglichen Widmung entsprechenden Art nicht mehr Verwendung finden können, ist ein Betrag von 100.000 S vorgesehen. Für Grunderwerbungen findet sich ein Betrag von 1.350.000 S, der es ermöglichen soll, notwendige Arrondierungen oder aus anderen Gründen zweckmässig befundene Transaktionen durchzuführen.

Im nächsten Jahre sollen, wie im Jahre 1935, 600.000 Geviertmeter Bodenfläche, die bisher überhaupt nicht genutzt wurden, der Aktion "Notstandsgärten" dienstbar gemacht werden. Die gesamte Fläche wird unentgeltlich an rund 3.000 bedürftige, kinderreiche Familien zur Nutzung überlassen. Der Ertrag 1935 aus dieser Aktion belief sich insgesamt auf 689.000 Kilogramm wovon 360.000 Kilogramm auf Kartoffeln und der Rest auf Gemüse und Futtermittel entfiel.

V.

Bauamt.

Der I. Abschnitt des Hauptstückes Bauamt umfasst die technisch Betriebe (Strassenpflege- und Kraftwagenbetrieb, Wasserversorgung, Kanalisation, Bäder). Ihre Einnahmen sind mit 31.978.170 S (gegen 26.647.000 S laut Rechnungabschluss 1934 und 33.192.380 S für 1935), ihre Ausgaben mit 36.950.160 S (gegen 33.312.410 S bzw. 35.824.940 S in den beiden Vergleichsjahren) veranschlagt.

Im Abschnitt II sind die übrigen technischen Verwaltungszweige Gärten, Strassen, Brücken u. a. zusammengefasst. Für sie ist einschliesslich des auf anderen Rubriken veranschlagten Personal- und Sachaufwandes insgesamt eine Ausgabe von 12.519.230 S vorgesehen (Rechnungsabschluss 1934: 13.712.570 S, Voranschlag 1935: 12.760.980 S). Neue Posten in dieser Gruppe sind die Aktion Wien im Blumenschmuck, wofür nach Gepflogenheit früherer Jahre ein Betrag von 10.000 S ausgeworfen wurde, und die ersten Tilgungsraten nebst Verzinsung für das Zusatzprogramm betreffend Verbesserung von Strassenübergängen und Gehwegen sowie Instandsetzungsarbeiten an Brücken (Teerag-Zusatzprogramm).

Die technischen Abteilungen werden auch im Jahre 1936 an den Aufwendungen im Rahmen des ausserordentlichen Investitionsprogrammes den ausschlaggebenden Anteil haben.

VI.

Wirtschaftsamt.

Die Märkte und Schlachthöfe rechnen zufolge der erstmalig veranschlagten Wertabschreibung von den neu ermittelten und der Wiener Bürgerschaft zur Kenntnis gebrachten Goldwerten und zufolge erhöhter Instandhaltungstätigkeit mit einem Abgang von rund drei Viertel Millionen S (Rechnungsabschluss 1934: 40.140 S Gebärungsabgang, Voranschlag 1935: 1.063.920 S Gebärungsüberschuss). Auf eine Verzinsung ^{dieser neu ermittelten Anlagewerte} ist im vorliegenden Budget noch nicht Bedacht genommen. Unter Berücksichtigung des Paragraph 35 der Gewerbeordnungsnovelle wird es Aufgabe der Stadtvverwaltung sein, auch dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die städtischen Lagerhäuser präliminieren einen Abgang von rund 20.000 S.

Schliesslich sei noch auf die neue Post von 3.000 S verwiesen, aus der die Kosten für die Durchführung des Naturschutzgesetzes der Stadt Wien vom Jahre 1935 bestritten werden sollen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am _____

Der Abgang der laufenden Gebarung im Betrage von 27,577.710 S soll nach dem Antrage des Magistrates durch Einführung einer neuen Abgabe, die die städtischen Unternehmungen zu tragen haben, durch Verweisung auf die Kassenbestände und durch eine Kreditoperation gedeckt werden. Für die Kosten der Fertigstellung der Vorhaben auf Grund des Investitionsprogrammes ist mit Beschluss der Wiener Bürgerschaft vom 1. März 1935 durch Aufnahme von Hypothekarkrediten und durch Begebung kurzfristiger Schatzscheine vorgesorgt.

Gleichzeitig wurden vom Bürgermeister die von den Direktoren der städtischen Unternehmungen (Gaswerke, Elektrizitätswerke, Strassenbahnen, Brauhaus, Leichenbestattung und Ankündigungsunternehmung) vorgelegten Wirtschaftspläne zur Beratung übermittelt.

Gaswerke.

Im Wirtschaftsplan für 1936 ist die Gaserzeugung mit 274 Millionen Kubikmeter gegenüber 288¹/₄ Millionen Kubikmeter für 1935 angenommen, da insbesondere dem durch die milde Witterung der Wintermonate der letzten Jahre geringeren Gasheizverbrauch Rechnung zu tragen war. Die verkaufte Gasmenge ist mit 250 Millionen Kubikmeter, dem voraussichtlichen Absatz des laufenden Jahres entsprechend, gegenüber den für 1935 veranschlagten 264 Millionen Kubikmeter angesetzt.

Der Voranschlag ergibt nach Durchführung entsprechender Abschreibungen von den Anlagewerten und Zuweisungen an Rücklagen einen Gebarungüberschuss von rund 10¹/₅ Millionen S gegenüber den für 1935 veranschlagten 10¹/₂ Millionen S.

Für Investitionen sind rund 5¹/₅ Millionen S vorgesehen, von denen rund 0¹/₄ Millionen S auf bereits genehmigte und in Ausführung stehende Neuherstellungen entfallen.

Das Gelderfordernis wird ausschliesslich aus den Abschreibungsrücklagen und den Kassenbeständen des Unternehmens gedeckt.

Elektrizitätswerke.

Der Strombedarf des Unternehmens wird im Wirtschaftsplan 1936 mit ^{Millionen} 47¹/₄/Kilowattstunden gegenüber ^{Millionen} 44⁵/₅/Kilowattstunden im Jahre 1935 veranschlagt. Hievon sollen rund ^{Millionen} 231/Kilowattstunden aus den eigenen Dampf und Wasserkraftwerken, rund ^{Millionen} 24³/₃/Kilowattstunden durch Fremdstrombezug gedeckt werden. Die verkaufte Strommenge ist mit 342¹/₄ Millionen Kilowattstunden gegenüber 322 Millionen Kilowattstunden im Voranschlag 1935 angesetzt.

Der Wirtschaftsplan weist nach Durchführung entsprechender Abschreibungen von den Anlagewerten und Zuweisungen an Rücklagen einen Gebarungüberschuss von rund 10¹/₂ Millionen S gegenüber den für 1935 veranschlagten rund 10 Millionen S aus.

Für Investitionen ist im Wirtschaftsplan ein Geldbedarf von 8¹/₆₈ Millionen S vorgesehen, von dem auf bereits genehmigte und in Ausführung begriffene Neuherstellungen 0⁸⁵ Millionen S entfallen.

Die Bedeckung erfolgt zur Gänze aus den dem Unternehmen aus den Abschreibungsrücklagen und den Kassenbeständen zur Verfügung stehenden Mitteln.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am.....

Strassenbahnen.

Verglichen mit dem Wirtschaftsplan 1935 rechnen die Strassenbahnen mit einer Erhöhung der Beförderungsleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn von 461'3 Millionen auf 483'7 Millionen Personen, beim Autobusbetrieb von 16'3 Millionen auf 16'4 Millionen und beim Elektrobusbetrieb von 260.000 auf 280.000 Personen. Die Erhöhung der Beförderungsleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn ist darauf zurückzuführen, dass sich der seit April 1935 auf allen Strassenbahnlinien des Tarifgebietes I gültige 10-Groschen-Tarif im Jahre 1936 erstmalig ganzjährig auswirkt. Die Steigerung der Frequenz beim Autobusbetrieb ist eine Folge des Betriebes der neuen Linie auf den Kahlenberg. Die Zunahme der Beförderungsleistung beim Elektrobusbetrieb gründet sich auf die Erfahrungen des laufenden Jahres.

Die Fahrleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn ist mit 125'6 Millionen Wagenkilometer angenommen und weist gegen die Annahme für das Jahr 1935 keine Veränderung auf. Beim Autobusbetrieb wird eine Steigerung der Fahrleistung von 3'58 auf 3'62 Millionen Wagenkilometer und beim Elektrobusbetrieb eine solche von 61.000 auf 68.500 Wagenkilometer gewärtigt.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung auf der Strassenbahn und Stadtbahn werden trotz der vorgesehenen Frequenzsteigerung nur mit 98'7 Millionen Schilling angenommen, wogegen der Ansatz für das Jahr 1935 noch 99'1 Millionen Schilling betrug. Die Ursache für diesen weiteren Rückgang der Einnahmen ist darin gelegen, dass der Durchschnittsfahrpreis für das Jahr 1936 infolge der ganzjährigen Auswirkung des 10-Groschen-Tarifes nur mehr mit 20'4 Groschen angenommen werden kann. Beim Autobusbetrieb wurden die Einnahmen von 4'4 Millionen Schilling auf 4'5 Millionen S hinaufgesetzt; die Einnahmen des Elektroautobusbetriebes wurden so wie für das Jahr 1935 mit 42.000 Schilling angenommen.

Die Einnahmen aus der Gepäck- und Hundebeförderung sind entsprechend den Erfahrungen des laufenden Jahres mit 0'9 Millionen S angenommen und halten sich damit auf der gleichen Höhe wie die Annahmen für das Jahr 1935.

Die städtischen Strassenbahnen rechnen für das Jahr 1936 mit einem Gebarungsabgang von 5'4 Millionen S; er ist um ^{rund} 1'1 Millionen S kleiner als der für das Jahr 1935 vorgesehene, was der Hauptsache nach auf die Senkung der Personalauslagen infolge des natürlichen Abganges sowie auf die Verringerung der Abschreibungen zurückzuführen ist.

An Investitionen ist ein Betrag von 10'8 Millionen ^{Schilling} /vorgesehen, gegen 8'6 Millionen S im Jahre 1935. Von diesem Betrage entfallen rund 4'5 Millionen S auf die Beitragsleistungen zum Umbau der Reichsbrücke, der Rotundenbrücke und der Schlachthausbrücke und rund 1 Million S ^{auf} die Herstellung der Gleisanlagen aus Anlass des Umbaus der Reichsbrücke und der Rotundenbrücke.

Brauhaus.

Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet damit, dass der Tiefpunkt in der Erzeugung bereits überschritten ist, es wird daher mit einer gleichen Erzeugungs- und Verkaufsmenge, wie im Vorjahre, nämlich mit 160.000 hl bzw. 150.400 hl gerechnet. Die Einnahmen für Bier und Nebenprodukte werden mit 10'97 Millionen gegen 10'96 Millionen S im Vorjahre präliminiert.

Der Wirtschaftsplan weist einen Gebarungsüberschuss von 200.000 Schilling aus.

Die Investitionen von zusammen 310.000 Schilling werden aus Abschreibungsmitteln bedeckt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

Leichenbestattung.

Der Wirtschaftsplan der städtischen Leichenbestattung für das Geschäftsjahr 1936 hat folgende Annahmen zugrunde gelegt:

10.300 eigene Zahlleichen der Unternehmung, 8.000 Fälle von Teilleistungen an private Bestatter und die unentgeltliche Besorgung von 2.000 Leichenbegängnissen.

Die Einnahmen aus der Leichenbestattung sind um rund 400.000 Schilling höher angenommen.

Der Wirtschaftsplan weist einen Gebarungüberschuss von 142.000 Schilling aus.

Für Investitionen und Inventaranschaffungen ist ein Betrag von 205.000 Schilling vorgesehen, der aus Abschreibungsmitteln bodeckt wird.

Ankündigungsunternehmung.

Die städtische Ankündigungsunternehmung rechnet auf Grund ihrer Beobachtungen im laufenden Geschäftsjahr mit einer Erhöhung der Umsätze aus dem Reklame- und Vermittlungsgeschäft. Die Unternehmung weist einen Gebarungüberschuss von 87.000 Schilling aus.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

327

Wien, am 19. November 1935

Die Vordrucke für die Einwohnerverzeichnung beheben!

Der Magistrat hat die Wahrnehmung gemacht, dass die Behebung der Vordrucke für die Einwohnerverzeichnung nicht in der von der Behörde empfohlenen Weise vor sich geht.

Der Magistrat macht daher neuerlich die Hausbesitzer oder deren Bestellte darauf aufmerksam, dass die Vordrucke bis längstens Freitag, den 22. d., zwischen 8 Uhr und 15 Uhr bei der nach der Lage des Hauses zuständigen Bezirkshauptmannschaft zu beheben sind. Die bis dahin nicht behobenen Vordrucke müssen unbedingt am Samstag, den 23. d., zwischen 8 Uhr und 13 Uhr behoben werden. Die ausgefüllten Vordrucke sind in der Zeit vom 25. bis 27. November d. J. zwischen 8 Uhr und 15 Uhr bei derselben Bezirkshauptmannschaft abzuliefern.

Ferner macht der Magistrat nachdrücklichst darauf aufmerksam, dass in die Wohnungslisten ausnahmslos alle Wohnungsinassen ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, daher auch Personen unter 18 Jahren, aufzunehmen sind.

.....

Vizebürgermeister Dr. Kresse im Wiener Rundfunk.

Vizebürgermeister Dr. Kresse spricht morgen, Mittwoch, um 18 Uhr 10 im Wiener Rundfunk über "Die freien Zünfte und ihre Entwicklung".

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

328

Wien, am 20. November

70 Jahre Grossmarkthalle.

Heute sind seit der Eröffnung der Grossmarkthalle siebenzig Jahre verstrichen. Sie wurde als "Zentral Markthalle" am 20. November 1865 eröffnet und dem Verkehr übergeben. Ursprünglich war sie eine Auktionshalle für Fleisch, in der besidete Faktoren und Sensale den Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten vermittelten. Diese Auktionen konnten aber in Wien nicht festen Fuss fassen, weshalb schon zwei Jahre nach der Eröffnung die Zentral Markthalle auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses unter dem Bürgermeister Dr. Zelinka in die "Grossmarkthalle nächst der Stubenbrücke" umgewandelt wurde. Damals wurde auch erstmalig zur Regelung des Verkehrs eine eigene Marktordnung erlassen. Am 21. März 1886 wurde schliesslich der "Tägliche Fleischmarkt" eröffnet.

Die vorhandenen Baulichkeiten erwiesen sich aber bald als zu klein. Um diesem Uebelstand abzuhelpen, wurde unter Bürgermeister Dr. Lueger der Bau von zwei weiteren Hallen beschlossen, der sogenannten Polnischen Halle und der Viktualienhalle. Die Polnische Halle wurde im Jahre 1899 eröffnet, während die Viktualienhalle im Jahre 1906 dem Verkehr übergeben wurde.

Die Grossmarkthalle nahm aber im Laufe der Jahre eine stets stärkere Entwicklung, so dass später auch mit diesen zwei Zubauten nicht mehr das Auslangen gefunden werden konnte. Es mussten neue Bauten aufgeführt werden, so die grosse, architektonisch schöne Verbindungshalle, die im Jahre 1934 eröffnet wurde. Gleichzeitig wurde auch parallel mit der Invalidenstrasse, bahnseitig an der Polnischen Halle, eine moderne Ladestrasse erbaut, die den Verkehr um die Grossmarkthalle herum wesentlich entlastet.

Die Grossmarkthalle ist der wichtigste Markt für den direkten Einkauf von Fleisch, Wildbret und Geflügel der Wiener Hausfrauen, die hier die reichste Auswahl für ihren Bedarf in allen Sorten und Qualitäten finden. Aber auch die Wiederverkäufer, wie Selcher, Fleischhauer, Gastwirte, Pensionen und dergleichen, besorgen sich ihren Bedarf in der Halle oder ergänzen ihn zumindest in besonders gangbaren Sorten und Qualitäten.

Wie sehr sich die Grossmarkthalle seit ihrem Bestande entwickelt, ist aus einigen wenigen Umsatzziffern zu ersehen. Im Jahre 1913 wurden rund 50 Millionen Kilogramm Fleisch in der Halle umgesetzt. Dann kam der Krieg und die Zufuhren sanken im Jahre 1918 auf bloss 10 Millionen Kilogramm. Nach dem Friedensschluss stieg die Fleischzufuhr allmählich wieder an und nach einem Jahrzehnt, im Jahre 1929, erreichte der Umsatz in der Grossmarkthalle mit 110 ^{Millionen} Kilogramm Fleisch den Höchststand. In den folgenden Jahren wirkten sich jedoch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse auch auf den Marktverkehr ungünstig aus und im Jahre 1934 betragen die Zufuhren nur mehr 84 Millionen Kilogramm.

Mitnahme von Hunden auf den Autobuslinien nach Salmansdorf und auf den Kahlenberg.

Um wiederholten Wünschen der Bevölkerung zu entsprechen, wird versuchsweise gestattet, dass vom kommenden Sonntag an kleinere Hunde auf den Autobuslinien nach Salmansdorf und auf den Kahlenberg befördert werden. Die Hunde müssen auf dem Schooss gehalten werden, dürfen den Sitznachbar nicht belästigen und müssen ausnahmslos einen Maulkorb tragen. Die Beförderung eines Hundes kostet dreissig Groschen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

329

Wien, am 21. November 1935

Sitzung der Wiener Bürgerschaft.

Die Wiener Bürgerschaft tritt morgen, Freitag, um 17 Uhr zunächst zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammen, der eine öffentliche Sitzung folgen wird. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gesetzentwürfe: Entwurf des Ausführungsgesetzes zum Strassenpolizei-Grundsatzgesetz 1935, Entwurf des Ausführungsgesetzes zum Grundsatzgesetz über den Aufbau, die Einrichtung und die Aufgaben des Berufsstandes "Land- und Forstwirtschaft", Entwurf eines Stadtgesetzes betreffend besoldungs- und dienstrechtliche Bestimmungen für die städtischen Angestellten und Lehrpersonen, Entwurf eines Stadtgesetzes, mit dem die Verordnung des Bundeskommissärs für Wien betreffend die Erlassung einiger dienstrechtlicher Bestimmungen für die städtischen Angestellten abgeändert wird, und Entwurf eines Stadtgesetzes betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Massnahmen zur Verringerung der Zahl der Lehrpersonen an öffentlichen Volks- und Hauptschulen Wiens. Zur Erinnerung an die vor fünfundzwanzig Jahren, am 2. Dezember 1910, erfolgten feierlichen Eröffnung der Zweiten Wiener Hochquellenwasserleitung wird Bürgermeister Richard Schmitz in der öffentlichen Sitzung der Wiener Bürgerschaft die Bedeutung dieser gewaltigen Leistung würdigen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

340-330

Wien, am 22. November 1935.

25 Jahre Zweite Wiener Hochquellenwasserleitung.

Am 2. Dezember 1935 jährt sich zum fünfundzwanzigstenmal der Jahrestag der Eröffnung der Zweiten Wiener Hochquellenwasserleitung. Aus diesem Anlass würdigte in der heutigen öffentlichen Sitzung der Wiener Bürgerschaft, zu der unter anderem die vor 25 Jahren tätigen Vizebürgermeister, die damaligen christlichsozialen Stadt- und Gemeinderäte sowie die rechtskundigen und technischen Beamten geladen waren, Bürgermeister Richard Schmitz in einer Ansprache die Bedeutung der gewaltigen Leistung des Baues der Zweiten Hochquellenwasserleitung. Der Bürgermeister führte aus:

"In wenigen Tagen feiert unsere Vaterstadt Wien einen bedeutungsvollen Gedenktag. Am 2. Dezember ist es 25 Jahre her, dass eines der gewaltigsten Werke österreichischen Könnens und wienerischer Schaffensfreude vollendet wurde. An jenem Tage traten die in der Zweiten Kaiser Franz Josefs Hochquellenwasserleitung gefassten schönen, silberklaren Quellen des Hochschwabs ihre erste Reise zu den Wienern an. Die Frauen und Herren Räte hatten ja im heurigen Jahre Gelegenheit, die Ursprungsgebiete des Wiener Jungbrunnens, die schöne Gebirgsheimat des Wiener Wassers, kennen zu lernen und ich glaube sagen zu dürfen, dass diese herbstlich schönen Reisetage Ihnen allen unvergesslich geblieben sind. Wir sahen ein technisches Meisterwerk, das jedem Betrachter mit Stolz auf österreichische Tüchtigkeit erfüllt, wir sahen darin zugleich ein grossartiges Denkmal Wiens, dessen Verwaltung unermüdlich für das Wohl der Bevölkerung sorgt.

Dem diamantenen Jubiläum, das die Erste Wiener Hochquellenwasserleitung, die das Quellwasser des Rax-, Schneeberg- und Schneesalmgebietes nach Wien führt, erst vor zwei Jahren feiern konnte, folgt nun das Silberjubiläum der Zweiten Hochquellenleitung, mit deren Eröffnung eine ausreichende Wasserversorgung der Hauptstadt erst wirklich gewährleistet war.

Wer denkt heute noch an jene Altwiener Zeiten, da man sich mit unzureichenden Hausbrunnen, mit einigen lokalen Wasserleitungen in den Vorstädten behelfen musste, und für die die bescheidene Kaiser Ferdinands Wasserleitung schon etwas Grosses war? Wer erinnert sich, wie im Gefolge der mangelhaften Kanalisation und der Donauhochwässer, insbesondere infolge der unzureichenden Wasserversorgung eine Typhusepidemie die andere ablöste? Mit der Eröffnung der Ersten Hochquellenwasserleitung hatten endlich die Wiener ein ideales Trinkwasser bekommen. Das rasche Anwachsen der Bevölkerung seit der Einverleibung der Vororte, die immer mehr fortschreitende Industrialisierung, die Entwicklung des Wiener Wirtschaftslebens und die steigende Wohnkultur und Körperpflege liessen verhältnismässig bald den mächtigen Trinkwasserstrom der "Ersten" ungenügend und die Erschliessung neuer Quellen dringend erscheinen. Nach mannigfachen Teilversuchen und umfassenden Vorarbeiten, die von der starken Initiative Dr. Luegers vorwärtsgetrieben wurden, fasste der Gemeinderat hier in diesem Saale am 27. März 1900 den Beschluss, die überaus ergiebigen Quellen des Salztales nach Wien zu leiten. Schon am 11. August 1900 fand auf der Poschenhöhe bei Wildalpen die feierliche Grundsteinlegung statt, zu der in Vertretung des Kaisers Franz Josef Erzherzog Ferdinand Karl erschienen war. Damals begleitete Bürgermeister Dr. Karl Lueger die drei symbolischen Hammerschläge mit den Worten: "Zum immerwährenden Wohle unserer lieben Vaterstadt Wien".

Und wahrlich, noch heute und für immer gereicht die Zweite Kaiser Franz Josef Hochquellenwasserleitung unserem Wien zum Wohle und auch

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

zum Ruhme. Die Anlagen dieser Leitung übertreffen jene der ersten noch bedeutend an Ausmass und Grossartigkeit. Zwischen Gusswerk und Wildalpen, das ganze Salzatal entlang, rauschen diese Quellen in den Stollen, die Brunngrabenquellen am Abhang der Zeller Staritzen, die Höllbachquellen bei Weichselboden, die gewaltige Kläfferbrünne unterhalb der Breseeniklausen, bei den ersten Häusern des romantischen Wildalpen die Seisensteinquelle und hoch oben zwischen den dolomitähnlichen Felshauptern die Quellen der Siebenseen und die Schreierklammquelle. Sie, meine verehrten Frauen und Herren Räte, haben alle diese Quellen, ihre verschiedenartigen Fassungen, die Wasser-schlösser und Brunnenstuben und Teile der Leitung selbst besichtigt. Sie wissen, dass die Zweite Wiener Hochquellenwasserleitung konsensmässig 200.000 Kubikmeter pro Tag aus diesen Quellen des Hochschwab in einer 170 Kilometer langen Leitung, die mit Einschluss der Zuleitungen 191'8 Kilometer beträgt, durch das prachtvolle niederösterreichische Alpenvorland in unsere Stadt bringt. Ueber 74 Kilometer betragen die Kanalleitungen, über 77 Kilometer die Stollenleitungen, die Länge der 19 Siphons misst 11'5 Kilometer, 100 Aquädukte überspannen in einer Gesamtlänge von über 6 Kilometer die verschiedenen Täler und Flüsse. Sie haben auch die Wasserleitungskraftwerke der Gemeinde im Siebenseen- und Schreiergebiet, von denen zwei vor ihrer Vollendung stehen, und das grosse Kraftwerk in Gaming besucht und wissen, dass der Strom der Wiener Wasserleitung ab Ende dieses Jahres bereits 40 Millionen Kilowattstunden zu erzeugen imstande ist, also fasst schon 10 Prozent des Wiener Gesamtbedarfes an elektrischer Energie.

Ein Werk, der Bedeutung unserer Vaterstadt Wien wahrhaft würdig, ist vor 25 Jahren vollendet worden - würdig auch der heissen Sorge der gegenwärtigen Stadtverwaltung, die auf den weiteren Ausbau und die Ausgestaltung der Hochquellenwasserleitung unablässig bedacht ist. Durch den Beschluss der Wiener Bürgerschaft vom Mai des vorigen Jahres wurde im Quelleneinzugsgebiet der Ersten Leitung der Eigenbesitz der Stadt Wien durch die Erwerbung des für das Quellgebiet des Höllentales wichtigen Hoyos-Sprinzensteinschen Besitzes um 4.100 Hektar vermehrt und beträgt nun 10.300 Hektar, während im Gebiet der Zweiten Hochquellenleitung 6.200 Hektar Eigentum der Gemeinde sind. Bald wird auch der Ankauf der Quellen des Brunnsees zu genehmigen sein, die als Reserve der Zweiten Hochquellenwasserleitung gedacht sind und deren Erwerbung Sie selbst an Ort und Stelle als wichtig erkannt haben.

In Dankbarkeit gedenken wir heute jener Männer, die das imposante Werk der Hochquellenleitung geschaffen haben. Wir bringen den Tribut des Dankes der Wienerstadt den Manen des grossen Förderers der Ersten und Zweiten Hochquellenwasserleitung, des Kaisers Franz Josef, der, dessen erlauchten Namen beide Wasserleitungen tragen. In unauslöschlicher Dankbarkeit grüssen wir das Andenken Dr. Karl Luegers, der die Vollendung der Zweiten Hochquellenleitung, die er, den nahen Tod ahnend, so sehr betrieb, nicht mehr erleben durfte. Unser Dank gilt den genialen Erbauern der Wasserleitung, gilt allen vom leitenden Techniker bis zum bescheidenen Hilfsarbeiter, von denen der eine oder andere heute noch im aktiven Dienst der Stadt Wien steht. Wir entbieten den Gruss der Stadt Wien den einsamen Berggemeinden in der Heimat des Wiener Wassers, allen, die an der Erhaltung des Werkes mitarbeiten, draussen im Frieden der österreichischen Landschaft und hier im Bannkreis der Millionenstadt selbst.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Das neue Wien grüsst heute das alte Wien der Verkriegszeit. Die Führung des neuen Wien und seine Bürgerschaft hat in diesen historischen Tagen des Wiederaufbaues bewusst an die grossen Traditionen der Vergangenheit angeknüpft. Nicht nur geistig, alle wichtigen Massnahmen, die wir getroffen haben, sind die geradlinige und zielklare Fortsetzung jener weitausschauenden Kommunalpolitik, die sich durch den Bau der Hochquellenwasserleitung ein unvergängliches, von aller Welt bewundertes Denkmal gesetzt hat. Die Neuerwerbung der die Quellen sichernden Gründe im Schutzgebiet, die Vernehrung des Besitzes an Quellen, die Errichtung neuer elektrischer Wasserleitungskraftwerke, der Bau des grossen Behälters im Lainzer Tiergarten; das sind nicht nur Geburtstagsgeschenke zum Silberjubiläum unserer Zweiten Hochquellenwasserleitung, sondern Taten, gesetzt zum Wohl der Stadt und ihrer Bevölkerung. Das Goethewort: "Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen", gibt der fürsorglichen Tätigkeit der Stadtverwaltung auch auf dem Gebiete der Wasserversorgung Ziel und Richtung. Der Wasserverbrauch in Wien zeigt uns als untrügliches Wirtschaftsbarometer eine langsame aber stete Besserung der wirtschaftlichen Lage in Wien an. Wie das klare Bergwasser von Hochschwab, Schneeberg und Rax durch die Leitungsrohre rauscht, so möge auch der Segensquell der Arbeit und des Lebensmutes durch die Herzen aller Wiener fliessen. Möge das beginnende Wiederansteigen eines bescheidenen Wohlstandes bedeuten, dass nach den vielen düsteren Jahren der Not die Tore aufgetan sind zu neuem Glück und Segen für unser Vaterland Oesterreich und seine schöne Hauptstadt, unser geliebtes Wien!"

Den Worten des Bürgermeisters folgte langanhaltender Beifall

Gesandter Ekstrand besichtigt Wiener Wohlfahrtseinrichtungen.

Der Direktor der 5. Kommission des Völkerbundes Gesandter Eric Einar Ekstrand, der eine Woche zum Studium verschiedener sozialer Einrichtungen, insbesondere auf dem Gebiete der Kinderhilfe, Jugendfürsorge und Jugendgerichtsbarkeit, in Wien weilte, hat in Begleitung der Fürstin Fanny Starhemberg, die bekanntlich Oesterreich in dieser Kommission vertritt, eine Reihe von Anstalten und Einrichtungen der Stadt Wien unter Führung des Obermagistratsrates Dr. Asperger besichtigt, nachdem er sich vorher im städtischen Wohlfahrtsamt durch Obermagistratsrat Dr. Rieder über die Organisation der gesamten Jugendfürsorge hat unterrichten lassen. Mit grossem Interesse hat der hohe schwedische Gast auch das neue Familienasyl in der Brigittenau und die Stadtrand siedlung Aspern in Augenschein genommen. Eine Fahrt über die neue Höhenstrasse auf den Kahlenberg und Leopoldsberg sowie ein Besuch der Wiener Sängerknaben auf Schloss Wilhelminenberg, woselbst Exzellenz Ekstrand viele Schüler traf, die er bereits in Stockholm singen gehört hatte, brachten angenehme Abwechslung in das reichhaltige Besichtigungsprogramm. Direktor Ekstrand stattete auch dem Herrn Bürgermeister einen Besuch ab, bei dem er der Fürsorgepolitik der Wiener Stadtverwaltung das höchste Lob spendete.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

312 331

Wien, am 22. November 1935

Sitzungen der Wiener Bürgerschaft.

22. November 1935.

Die Wiener Bürgerschaft trat heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz zunächst zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammen. Vor Eingehen in die Tagesordnung teilte der Bürgermeister über die Wiener Winterhilfsaktion 1935/36 folgendes mit:

Die alljährlich vorgesehene Überprüfung der Fürsorgebücher ist derzeit im Gange; der grösste Teil ist bereits überprüft.

Mit meinem Aufrufe an alle Wienerinnen und Wiener ist die Aktion eingeleitet worden. 2.200 Plakate sind an Strassenanschlagsäulen und in Ämtern etc. affiziert worden. An 2.024 Tabaktrafiken sind insgesamt 13.000 Erlagscheine zur kostenlosen Abgabe an Kunden übersendet worden. Bisher sind 3.000 Werbebriefe an Firmen, Körperschaften, Einzelpersonen übermittelt worden, weitere Werbebriefe werden folgen. Die Aufstellung von 2.700 Sammelbüchsen in grossen Geschäftshäusern etc. ist veranlasst worden.

Zur Feststellung über den Umfang der freiwilligen Entrümpelung zugunsten der Wiener Winterhilfe wurden in allen Häusern Sammellisten aufgelegt. Die Einsammlung der darin bezeichneten Gegenstände wird in der nächsten Zeit erfolgen.

In der Zeit vom 1. bis 31. Dezember 1935 findet eine Häuser-sammlung und an zwei Tagen im Dezember, voraussichtlich am 20. und 21. Dezember l. J. eine Strassensammlung für die Wiener Winterhilfe statt.

Im Rahmen der Wiener Winterhilfe sind die gleichen Aktionen wie im Vorjahre vorgesehen, und zwar eine Ausspeisungsaktion, eine Lebensmittelaktion und eine Brennstoffaktion. Zu erwähnen ist noch die Aktion Josefstische, die im heurigen Jahre ebenso wie im Vorjahre mehr Personen ausspeisen wird wie die Wiener Winterhilfe und, da die Aktion einen grossen Teil der Kosten selbst aufbringt, die amtliche Wiener Winterhilfe in dankenswerter Weise ergänzt und entlastet. Die Ausspeisungen beginnen am 2. Dezember. In der kommenden Woche, vom 25. November bis 29. November, werden die Speiseanweisungen in den Fürsorgeämtern ausgegeben.

Die städt. Angestellten und Arbeiter haben sich so wie im Vorjahre bereiterklärt, zur Winterhilfe fünf Monate hindurch 1 Prozent ihres Gehaltes (Lohnes) als Beitrag zu leisten, und es ist anzunehmen, dass dieses Beispiel bei allen im Verdienste stehenden Personen Nachahmung finden wird. Unseren Angestellten und Arbeitern spreche ich schon jetzt unseren Dank aus.

Sodann teilt Bürgermeister Schmitz über die Einrichtung einer Beschäftigungsanstalt für Bettler im Obdachlosenheim der Stadt Wien mit:

In meinem Auftrage arbeitet der Wiener Magistrat bereits seit März d. J. im Zusammenwirken mit der Bundespolizeidirektion Wien an der Bekämpfung des Bettlerunwesens. Von der Polizei aufgegriffene, nach Wien zuständige Bettler werden in das Obdachlosenheim der Stadt Wien überstellt. Das Obdachlosenheim zerfällt in das Asyl, in dem nur genächtigt werden darf und die Insassen am Morgen das Heim verlassen, und in das Dauerheim, in welchem minder arbeitsfähige, jedoch nicht versorgungsbedürftige Personen für längere Zeit untergebracht und beschäftigt werden. In Dauerheime wurde eine eigene Abteilung, die Beschäftigungsanstalt für Bettler geschaffen; es handelt sich bei dieser Einrichtung nicht um ein eigentliches Bettlerlager, sondern um eine Sammel- und Sichtsstelle für Personen, die beim Strassenbettel betroffen werden. Wird der eingelieferte Bettler vom Arzt als dauernd arbeitsunfähig und versorgungsbedürftig erklärt, kommt er, falls

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am _____

er zustimmt, in das Versorgungsheim der Stadt Wien. Arbeitsfähige Bettler verbleiben in der Beschäftigungsanstalt. Hier werden ihnen je nach ihrer Eignung verschiedene Arbeiten zugeteilt. Sie erhalten dafür Unterkunft und Verpflegung sowie ein Handgeld von 30 Groschen täglich.

In den Hauswerkstätten des Obdachlosenheimes setzen Schuster und Schneider, die im Asyl verpflegt sind, das Schuhwerk und die Kleider der im Obdachloerheim nächtigenden Personen instand. Fräseure besorgen das Haarschneiden ihrer Mitpfleglinge. Andere werden zur Hausreinigung, zum Kohlentragen, zur Arbeit im Gemüsegarten usw. herangezogen.

Die weitere Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten wird vom Magistrat erwogen, wobei als Richtlinie gilt, dass es sich nur um zusätzliche Arbeiten handeln kann, die sonst mit Rücksicht auf die derzeitigen finanziellen Verhältnisse als nicht unbedingt notwendig unterbleiben müssten und durch die der Arbeitsmarkt nicht in Mitleidenschaft gezogen wird.

Bei der Einrichtung der Beschäftigungsanstalt für Bettler im Obdachlosenheime handelt es sich um einen Versuch. Ergibt sich aus der praktischen Erfahrung die Aubaufähigkeit, so wird man sich damit ernstlich zu befassen haben.

Vom März bis Ende Oktober dieses Jahres wurden insgesamt 218 Personen durch die Polizei in das Obdachlosenheim überstellt. Davon wurden 33 Personen in das Versorgungsheim Lainz und 86 Personen in das Dauerheim des Obdachlosenheimes zugewiesen, während 4 Personen wieder der Polizei rückgestellt und 95 Personen entlassen wurden.

Nach diesen Mitteilungen des Bürgermeisters wird in die Tagesordnung eingegangen.

Obersenatsrat Dr. Hornek referiert über das neue Wiener Strassenpolizeigesetz. Das Wiener Ausführungsgesetz übernimmt ausser den Grundsätzen des vom Bunde vor einigen Monaten beschlossenen Strassenpolizei-Grundsatzgesetzes jenen Teil des bisherigen Wiener Strassenpolizeigesetzes, der sich in der Praxis bewährt hat. Die Neuerungen sind vielfach durch den technischen Fortschritt bedingt. Das Gesetz tritt erst in Kraft mit dem in einigen Monaten zu erwartenden Bundesgesetz über das Kraftfahrwesen. In diesem Gesetz sollen künftig auch die Vorschriften über die Einrichtung und Ausrüstung von Kraftfahrzeugen Platz finden. Für den Verkehr von Kraftfahrzeugen werden nur jene Bestimmungen des Strassenpolizeigesetzes verbindlich bleiben, die das Verhalten der Strassenbenützer schlechthin regeln.

Der Ausführungsgesetzgebung sind unter anderem dadurch schwierige Probleme anheimgegeben, dass das Bundesgesetz auf eine ziffernmässig bestimmte Regelung der Radfelgenbreiten und der zulässigen Belastung der Fuhrwerke verzichtet hat. In der ersten Frage gelten noch immer die Vorschriften eines niederösterreichischen Landesgesetzes aus dem Jahre 1880. Das Wiener Strassenpolizeigesetz vom Jahre 1930 hatte nämlich für die Einhaltung der darin vorgeschriebenen Mindestbreiten der Radfelgen eine Uebergangsfrist bis Ende November 1935 vorgesehen. Diese Frist soll zugunsten des Lastfuhrwerkes bis Ende November 1940 erstreckt werden. In Beziehung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

auf die zulässige Belastung der Lastfuhrwerke verlangt das Grundsatzgesetz nur mehr die Begrenzung des Gesamtgewichtes (Wagen und Nutzlast), während die früheren Bestimmungen lediglich das zulässige Höchstgewicht der Ladung geregelt haben. Bei der Regelung des Gesamtgewichtes ist man gleichfalls nach Tunlichkeit den Interessen der Lastfuhrwerker entgegengekommen. Das Entgegenkommen in der Frage der Felgenbreite und des Gesamtgewichtes findet aber seine Grenze in der Wahrung der Interessen der Strassenverwaltung und des Verkehrs, da es nicht angeht, den jährlichen Millionenaufwand für die Erhaltung und die Verbesserung der Strassen durch die Zulassung von beliebigen Felgenbreiten auf das Spiel zu setzen. Ebenso ist es unmöglich ein Gesamtgewicht der Lastwagen zu gestatten, das bei dem intensiven Verkehr in dem bergigen Terrain weiter Gebiete Wiens naturgemäss zu den schwersten Verkehrsstörungen Anlass geben müsste.

Im Abschnitt über den Radfahrverkehr sind nunmehr auch entsprechende Vorschriften über die mehrspurigen Fahrräder vorgesehen. Die allfällige Einführung des Nummernzwanges für Radfahrer bleibt einem späteren Zeitpunkte vorbehalten.

Die Handhabung der Strassenpolizei ist in Wien von der Verfassung in erster Instanz der Bundespolizeidirektion als mittelbarer Stadtverwaltungsbehörde übertragen. Daher war auf eine Wahrung der Interessen der Strassenverwaltung schon bei den Entscheidungen der ersten Instanz Rücksicht zu nehmen. Das wurde dadurch erreicht, dass die Bundespolizei bei allen Verfügungen, die unmittelbar den Erhaltungszustand der Strassen beeinflussen können, das vorherige Einvernehmen mit der Bezirksverwaltungsbehörde zu pflegen hat, während in anderen Belangen, die mittelbar für die Strassenverwaltung von Interesse sind, diese vorher zu hören ist. Zu Benützung der Strasse, die über den Gemeingebruch hinausgehen, erteilt die Bezirksverwaltungsbehörde die Bewilligung, wenn es sich um Einrichtungen mit festem Standort handelt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Iv. Blatt

Wien, am _____

Dazu sprachen die Räte Dr. Hengl, Jirek und Rechberger, die auch mehrere Abänderungsanträge stellten. Nachdem Oberstadtbaurat Ing. Schneider einige technische Aufklärungen gegeben hatte, stimmte die Bürgerschaft nach dem Schlusswort des Referenten dem Gesetzentwurf gemäss den Anträgen der Kommission zur Vorberatung der Gutachten und einigen Abänderungsanträgen zu.

Senatsrat Dr. Fenzl berichtet hierauf über den Entwurf des Stadtgesetzes betreffend den Aufbau, die Einrichtung und die Aufgaben des Berufsstandes Land- und Forstwirtschaft in der bundsunmittelbaren Stadt Wien. Dieser Gesetzentwurf führt das vom Bund erlassene Grundsatzgesetz aus. Nach dem Gesetzentwurf umfasst die Land- und Forstwirtschaft die land- und forstwirtschaftliche Erzeugung in allen ihren Zweigen, wie Ackerbau, Wiesen- und Weidewirtschaft, Wein-, Obst- und Gartenbau, Tierzucht und Tierhaltung, Milchwirtschaft, Waldwirtschaft, Harz- und Torfgewinnung, Jagd, Fischerei und dergleichen sowie ihre Neben- und Hilfsbetriebe, soweit sie nicht den Vorschriften der Gewerbeordnung unterliegen. Die dem Berufsstand Land- und Forstwirtschaft angehörigen Personen sind entweder Berufstätige oder Berufszugehörige.

Die Berufskörperschaft des Berufsstandes Land- und Forstwirtschaft in der bundsunmittelbaren Stadt Wien ist der Wiener Landesbauernbund, der sich auf alle in Wien berufszuständigen Personen erstreckt. Seine Aufgaben bestehen in der Wahrnehmung und Vertretung der Interessen des Berufsstandes, in der Mitwirkung und Regelung der Arbeitsverhältnisse, insbesondere beim Abschluss von Kollektivverträgen, in der Schaffung und Verwaltung von Massnahmen und Einrichtungen zur Förderung des Berufsstandes, in der Erstattung von Berichten, Gutachten und Vorschlägen an Behörden und öffentlich-rechtliche Interessenvertretungen und in der Pflege des bäuerlichen Brauchtums. Der Wiener Landesbauernbund hat seine Aufgaben im christlichen, vaterländischen und sozialen Geiste mit Ausschluss jeder parteipolitischen Tätigkeit zu erfüllen.

Das Organ des Wiener Landesbauernbundes ist der Wiener Landesbauernrat, der aus dem Landesbauernführer, 3 Stellvertretern und 23 weiteren Mitgliedern besteht. Eines dieser Mitglieder ist aus dem Kreise des land- und forstwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, eines aus dem Kreise der Gutsbesitzer zu entnehmen. Die Arbeiter sind durch 8 Mitglieder, die Angestellten durch 1 Mitglied vertreten.

Die selbständig Berufstätigen des Wiener Landesbauernbundes bilden die Wiener Bauernschaft, die unselbständig Berufstätigen die Wiener Landarbeiterschaft.

Zur Besorgung der dem Landesbauernbund in wirtschaftlicher Hinsicht obliegenden Aufgaben ist die Wiener Landwirtschaftskammer berufen.

Nachdem Rat der Stadt Wien Dr. Hengl für die Konstituierung des Berufsstandes Land- und Forstwirtschaft der Stadt Wien gedankt hatte, gab nach dem Schlusswort des Referenten die Bürgerschaft dem Gesetzentwurf gemäss den Anträgen der Kommission zur Vorberatung der Gutachten ihre Zustimmung.

Obermagistratsrat Dr. Schindler referierte hierauf über den Entwurf des Stadtgesetzes betreffend besoldungs- und dienstrechtliche Bestimmungen. Der Gesetzentwurf bestimmt, dass alle besoldungs- und dienstrechtlichen Vorschriften, die in den Jahren 1933 und 1934 für die städt. Angestellten, Bediensteten und Lehrpersonen sowie Pensionisten erlassen worden

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am _____

sind, bis auf weiteres in Geltung bleiben. Ferner berichtet Obermagistratsrat Dr. Schindler über die Verlängerung der Wirksamkeit der Abbaubestimmungen für die Angestellten und Lehrpersonen der Stadt Wien, die bis 31. Dezember 1937 verlängert werden.

Auch diesen Gesetzentwürfen erteilt die Bürgerschaft ihre Zustimmung.

*

In der darauf folgenden öffentlichen Sitzung beschloss die Wiener Bürgerschaft nach der Gedenkrede des Bürgermeisters anlässlich des 25jährigen Bestandes der Zweiten Wiener Hochquellenwasserleitung die in der nichtöffentlichen Sitzung behandelten Gesetzesvorlagen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 343 (richtig: 332)

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 23. November 1935.

Der Wiener Abend im Rathaus.

Die Veranstaltung, die zugunsten des Josefstisches Samstag, den 30. November, in den Festsälen des Rathauses stattfindet, wird die besondere Wiener Note betonen. Die Künstler und Künstlerinnen, die ihre Mitwirkung zugesagt haben, Maria Gerhart, Lizzi Holzschuh, Inge von Leddihn, Richard Eybner, Alfred Jerger und das heitere Quartett des Schubertbundes, werden sich an diese Devise halten und der Rahmen, in dem das Fest abgehalten wird, wird das Uebrige dazu beitragen. Im Grossen Festsaal, wo der Bürgermeister die Gäste empfängt und der Bundespräsident und die Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Korps im Kreise der Wiener Bürger dem Fest beiwohnen werden, wird nach den künstlerischen Darbietungen die Kapelle Ganglberger konzertieren. Sowohl im Festsaal wie im Kleinen Saal, wo neben heiteren Gesangsvorträgen Schrammelmusik zu hören sein wird, und in den Nebensälen wird gleich anfangs an Tischen Platz genommen, da alle Vorträge übertragen werden. Der "Wiener Abend im Rathaus" wird unter den gesellschaftlichen Veranstaltungen unserer Stadt von besonderer Eigenart sein, er wird das Wien des guten Herzens, des Kunstsinnes und der frohen Geselligkeit im Hause der Wiener Bürgerschaft repräsentieren.

Auskünfte über die Veranstaltung, zu der nur persönlich geladene Gäste Zutritt haben, werden im Präsidialbüro der Stadt Wien (Fernruf A 23-500, Klappennummern 023, 084 und 035) erteilt.

Gesandter Ekstrand bei "Jugend in Arbeit".

Freitag besichtigte der Direktor der fünften Abteilung des Völkerbundes Gesandter Eric Einar Ekstrand in Begleitung der Fürstin Fanny Starhemberg einige Arbeitsstätten und Lager der Aktion "Jugend in Arbeit". Insbesondere fand das in Oesterreich einzig dastehende Se-gelflugzeugbaulager das grösste Interesse der Gäste.

Die Einwohnerverzeichnung in Wien.

Der Wiener Magistrat teilt amtlich mit: Obwohl die Frist für die Abholung der für die Vorbereitung der Einwohnerverzeichnung bestimmten Vordrucke am 23. November d. J. abgelaufen ist, sind einzelne Hausbesitzer mit der Abholung noch im Rückstand. Es ergeht daher an diese oder ihre Bestellte die Aufforderung, zur Vermeidung von Strafen dieser Pflicht ehestens zu entsprechen.

Es wird neuerlich darauf aufmerksam gemacht, dass die erwähnten Vordrucke vollständig und richtig ausgefüllt von Montag, den 25. d., bis Mittwoch, den 27. d., zwischen 8 Uhr und 15 Uhr bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft abzuliefern sind. Eine Ueberschreitung dieser Frist ist unzulässig.

Zu der in Wien am 2. Dezember 1935 beginnenden Einwohnerverzeichnung wird die Bevölkerung häuserweise geladen. Die Ladung ergeht an den Hausbesitzer, der sie sofort den Wohnparteien bekanntzugeben und sodann an einem allen Hausbewohnern zugängliche Orte im Hause anzuschlagen hat. Die Ladung enthält auch eine genaue Belehrung über die persönliche Meldepflicht und über die Vertretung bei der Anmeldung. Es wird allen Hausbewohnern im eigenen Interesse zur Vermeidung nachteiliger Folgen dringendst empfohlen, diese Ladung genau zu lesen und sich darnach zu richten.

Der Magistrat gewärtigt, dass die Bevölkerung durch genaue Einhaltung des Ladungstermines die mit grossen Kosten verbundene Einwohnerverzeichnung erleichtern wird.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am _____

Wiener Winterhilfe und Aktion Josefstische.

Von Montag, den 25. d., bis einschliesslich Freitag, den 29. d., werden in den Fürsorgeämtern der Stadt Wien die Speiseanweisungen der Aktion Wiener Winterhilfe für den Monat Dezember 1935 ausgegeben.

Die Ausspeisung selbst beginnt Montag, den 2. Dezember. Personen, die sich um diese Speiseanweisungen bewerben wollen, haben sich nach den Anfangsbuchstaben ihres Familiennamens an den nachfolgenden Tagen im Fürsorgeamt ihres Wohnbezirkes während der hierfür festgesetzten Parteienstunden einzufinden:

- A - D : Montag, den 25. November,
- E - H : Dienstag, den 26. November,
- I - L : Mittwoch, den 27. November,
- M - P : Donnerstag, den 28. November,
- Qu - Z : Freitag, den 29. November.

Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, ein Personaldokument und der polizeiliche Meldenachweis. Bewerben können sich nur jene Personen, die ein Fürsorgebuch der Gruppen A und B besitzen.

Personen, die sich rechtzeitig um ein Fürsorgebuch beworben, jedoch bis zu obigen Terminen keine Erledigung erhalten haben, wollen sich an ihren zuständigen Fürsorgerat um Auskunft wenden.

Ausgabe der Speisemarken für die Aktion "Josefstische".

Gleichzeitig mit der Begebung der Speiseanweisungen für die Aktion Wiener Winterhilfe erfolgt die Ausgabe der Speiseanweisungen für die Aktion "Josefstische".

Die Ausspeisung selbst beginnt gleichfalls Montag, den 2. Dezember. Personen, die ein Fürsorgebuch besitzen, können sich nach der gleichen Einteilung wie für die Ausgabe der Anweisungen für die Wiener Winterhilfe um die Teilnahme an der Aktion "Josefstische" bewerben. Hierzu wird ausdrücklich bemerkt, dass ein Anspruch auf Teilnahme an der Aktion Josefstische nicht besteht. Familien mit grösserer Personenanzahl werden bevorzugt. Für je eine Mahlzeit ist ein Regiebeitrag von 10 Groschen in der Abgabestelle zu bezahlen. Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, ein Personaldokument und der polizeiliche Meldenachweis.

Die Speiseabgabestellen werden zeitgerecht verlautbart werden.

Für eine Spende im Betrage von 9 Schilling, die beim Bezirksvorsteher zu erlegen ist, kann ein Fürsorgebedürftiger einen Monat hindurch einen Mittagstisch erhalten.

Billige Milch für die Armen.

Wie in den Vormonaten wird auch im Dezember verbilligte Milch (Wohlfahrtsmilch) ausgegeben. Bewerben können sich in erster Linie Personen mit einem Fürsorgebuch der Gruppen A, B, C und D und einem Haushalt von vier Personen aufwärts; ferner nach Massgabe der vorhandenen Blocks auch andere bedürftige Personen mit den Fürsorgebüchern der Gruppen A und B, insbesondere Eltern mit einem Kinde, alleinstehende Mütter mit einem oder zwei Kindern, alte Leute, Schwere Kranke und Rekonvaleszente, wenn sich diese Personen (Familien) in besonderer Notlage befinden.

Die Ausgabe der Anweisungen findet in den Fürsorgeämtern der Wohnbezirke der Fürsorgebuchinhaber nach den Anfangsbuchstaben des Familiennamens an den folgenden Tagen während der Parteienstunden statt:

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

A - D : 25. November,
E - H : 26. November,
I - L : 27. November,
M - P : 28. November,
Qu - St: 29. November,
T - Z : 30. November.

Um die Wohlfahrtsmilch können sich ferner schwangere Frauen in den Bezirksjugendämtern bewerben, die ein Fürsorgebuch der Gruppen A, B und C haben und sich mindestens im siebenten Monat der Schwangerschaft befinden. Bei ihrer Bewerbung haben sich ausser dem Fürsorgebuch, einem Personaldokument und dem polizeilichen Meldenachweis eine Bestätigung vorzuweisen, in welchem Monat der Schwangerschaft sie sich befinden. Diese Bestätigung kann von einem Arzt, einer Hebamme, einer Spitalsambulanz oder einer Schwangerenberatungsstelle ausgestellt sein und muss aus den letzten vier Wochen vor dem Bewerbungstage stammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 333
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 21. November 1935.

Die Bevölkerungsbewegung in Wien im September 1935.

Nach dem Monatsbericht der Magistratsabteilung für Statistik kamen heuer im September in Wien 799 Säuglinge lebend zur Welt. Von den Lebendgeburten waren 430 Knaben und 369 Mädchen. Im Berichtsmoate erfolgten in Wien 22 Totgeburten. Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im heurigen September in Wien 63 Säuglinge starben; 49 Säuglinge starben im ersten, 14 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

Im Berichtsmoate starben von der Wiener Wohnbevölkerung 1.570 Personen. Von den Verstorbenen waren 779 männlichen und 791 weiblichen Geschlechtes. Als hauptsächliche Todesursachen sind in 166 Fällen Tuberkulose, in 302 Fällen Krebs und andere bösartige Geschwülste, in 82 Fällen Gehirnblutung und dergleichen, in 303 Fällen Herzkrankheiten, in 91 Fällen Gefäßkrankheiten, in 136 Fällen Krankheiten der Atmungsorgane, in 89 Fällen Krankheiten der Verdauungsorgane und in 55 Fällen Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane angegeben worden. 102 Anzeigen haben als Todesursache gewaltsamen Tod, davon in 24 Fällen Unfälle, bezeichnet. Im vergangenen September verübten in Wien 75 Personen Selbstmord, und zwar 46 Männer und 29 Frauen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

334

Wien, am 26. November 1935.

Wirtschaftsfördernde Massnahmen der Stadt Wien.

Heute abends sprach Vizebürgermeister Dr. Kresse im Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein über "Wirtschaftsfördernde Massnahmen der Stadt Wien". Der Vortragende führte aus.

Als im Februar 1934 der heutige Bürgermeister Richard Schmitz als Bundeskommissär seinen Einzug in das Rathaus hielt, hielt er es für seine erste Aufgabe, an Stelle von parteipolitisch beeinflussten Massnahmen wirtschaftspolitische Massnahmen zu setzen. Die Weltkrise wirkte sich naturgemäss in unserem kleinen Oesterreich mit doppelter Schärfe aus. Die von der früheren Stadtverwaltung getroffenen Aenderungen waren zweifelhaft nicht geeignet, hier irgendwelche Besserung zu schaffen, ein Umstand, der schon daraus erhellt, dass es ihr nicht gelungen ist, die Ziffer der Arbeitslosen wesentlich zu senken.

Wie in jedem öffentlichen Haushalt war es das erste Bestreben der neuen Stadtverwaltung, das Budget in Ordnung zu bringen und Wege zu finden, um die Beschäftigung- und Arbeitslosigkeit energisch bekämpfen zu können. Die Ausgaben für die eigentliche öffentliche Verwaltung wurden mit aller Energie gedrosselt, hingegen wurde getrachtet, für jene Zwecke, die eine Einschränkung nicht mehr vertrugen, Schulwesen, offene Fürsorge und anderes, aus den laufenden Einnahmen das Möglichste herauszuholen. Auf Seite der Einnahmen erwies es sich als nötig, den immer wieder auftauchenden berechtigten Kritiken Gehör zu schenken und Steuererleichterungen einzutreten zu lassen.

Von dem laufenden Budget des Jahres 1935 ohne Investitionsprogramm entfällt ein Betrag von fast 50 Millionen Schilling unmittelbar auf Zahlungen für Lieferungen und Leistungen der Industrie, des Handels und des Gewerbes. Wenn man daher von den Ausgaben für den einseitig orientierten Grosswohnhausbau absieht, muss man feststellen, dass auch die neue Stadtverwaltung in ihrem ersten Budget, trotz würgender Krise, für unmittelbare Sachaufwendungen einen namhaften Betrag auswirft. Es sei hier besonders darauf hingewiesen, dass die Abgaben, welche die Stadt selbst einhebt, in dem gleichen Zeitraum eine Senkung von 196 Millionen S auf 99 Millionen, also um 97 Millionen S erfahren haben, d. s. um 4 Millionen S mehr, als die erwähnten Sachausgaben für den Wohnhausbau im Jahre 1930 ausgemacht haben. Der Wegfall des Wohnhausbaues hat sich demnach in der Entlastung der Wirtschaft voll ausgewirkt.

Aber es galt nicht allein die Wirtschaft zu entlasten, sondern ihr darüber hinaus auch Antrieb zu geben, damit die Depression überwunden werde. Was auf diesem Gebiete der Bund mit seiner Arbeitsschlacht beabsichtigt, erstrebt im Bereiche der Kommunalverwaltung das ausserordentliche Investitionsprogramm.

Wenige Wochen nach Uebernahme seines Amtes ordnete der Bundeskommissär von Wien die Vorarbeiten zur Aufstellung eines Sofortprogrammes dringender Finanzreformen und Investitionen an. Bereits am 6. Juni 1934 konnte der Wiener Bürgerschaft das fertige Programm vorgelegt werden. Dieses sah einen Betrag von 60 Millionen S vor, wobei man mit einer Beihilfe des Bundes aus den Mitteln der Trefferanleihe im Betrage von 10 Millionen S rechnete. Diese Beihilfe schränkte der Bund in den weiteren Verhandlungen und allgemeinen finanziellen Auseinandersetzungen wesentlich ein.

Auch das Programm selbst erwies sich als erweiterungsbedürftig, da sich eine Ueberfülle von Aufgaben herandrängte. Das Programm hatte - abgesehen von seinem Hauptzweck einer Ankurbelung der Wirtschaft - unter

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am _____

anderem eine jahrzehntelange Vernachlässigung gutzumachen; waren doch selbst die dringendsten Reparaturen an den Amtshäusern, Schulen und Spitalern, an Strassen und Brücken zugunsten des einseitig favorisierten Grosswohnhausbaues immer zurückgestellt worden. Das Programm erfuhr noch im Jahre 1935 eine Erweiterung und wurde in seiner neuen Form von der Wiener Bürgerschaft am 12. April ¹⁹³⁵ genehmigt. Es sieht nunmehr, auf einen Zeitraum von 2 bis 3 Jahren verteilt, einen Gesamtaufwand von 91 Millionen S vor. Die erforderlichen Mittel sollen im Gegensatz zu den Wohnbauprogrammen nicht im Wege der laufenden Besteuerung aufgebracht werden, was zur Folge hätte, dass der Wirtschaft mit der einen Hand wieder genommen würde, was ihr die andere Hand gegeben hat, sondern durch eigene finanzielle Transaktionen. Vor allem ist an die Aufnahme langfristiger Hypotheken auf Wiener Wohnhausanlagen gedacht. Die Deckung für diese Hypothekarkredite lag nahe: Die frühere parteipolitisch eingestellte Gemeinderatsmajorität hat für die sicherlich modern und hygienisch ausgeführten Wohnungen in ihren neuen Anlagen Zinse verlangt, die zum Grossteil beträchtlich unter jenem Niveau liegen, in dem sich die Zinse für die gleichen Wohnungen in viel älterer Ausführung, in den unter Mieterschutz stehenden Althäusern bewegen. Diese einseitige Bevorzugung einer bestimmten Schichte der Wiener Bevölkerung war für die neue Stadtverwaltung untragbar. Sie hat daher Massnahmen getroffen, dass diese Zinse einer vernünftigen Regelung unterzogen werden. Hiezu muss aber bemerkt werden, dass auch die erhöhten Zinse noch immer unter jenen Zinsbeträgen liegen, die derzeit für die unter Mieterschutz stehenden Wohnungen, in den im Privatbesitz befindlichen Häusern verlangt werden. Eine Regelung wurde nur soweit vorgenommen, als es notwendig war, um die früher erwähnte Ungleichheit zu beseitigen. Hiemit wurde aber auch noch ein anderer sehr wichtiger Zweck erreicht. Das in den Wiener Wohnhausbauten investierte und damit immobilisierte Kapital von fast 1 Milliarde Schilling konnte wenigstens zum Teile wieder flüssig gemacht und der Wirtschaft neuerlich zur Verfügung gestellt werden.

Ein restlicher Teil der Kosten des Investitionsprogrammes - ca 30 Millionen S - wird nicht durch Hypothekarkredite, sondern durch kurzfristige Schatzscheine gedeckt, eine Operation, die angesichts der unleugbar günstigen Entwicklung der wirtschaftlichen Situation nichts Bedenkliches an sich hat.

Das Programm selbst umfasst in seiner derzeitigen Form 20 Punkte, die sich in drei Gruppen gliedern: die grösste Gruppe umfasst die Aktionen zur Aufholung rückständiger Verhältnisse und die Vorsorge für die Ausgestaltung der kommunalen Anlagen. Hiezu gehören der Neubau der Rotunden und der Schlachthausbrücke, Aufgaben, über deren Dringlichkeit den Kennern der Verhältnisse nichts gesagt werden braucht, durchgreifende Instandsetzungsarbeiten an den übrigen Brücken, die längst fällig gewordenen Reparaturen an Amtsgebäuden, Versorgungshäusern, Spitalern, Schulen und Kirchen, die Auswechslung der Heizanlagen in den Schulen sowie der alten Ziegelrohrkanäle, die Verbesserung der Kehrichtabfuhr und der öffentlichen Strassenbeleuchtung, die Vorsorge für eine zweckdienliche Unterbringung der städtischen Aemter, die Nachschaffung von Maschinen und Geräten, die Auffüllung der verschiedenen Fahrparks, vor allem auch die Erhöhung der Schlagfertigkeit unserer Feuerwehr, u. v. a. Eine besondere Erwähnung in dieser Gruppe verdient die vorgesehene Errichtung eines Wasserbehälters im Lainzer Tiergarten, wodurch in grosszügiger Form die Kontinuität des Wasserbezuges gesichert werden soll. Im Rahmen des Investitionsprogrammes sind bei dieser Gruppe auch Wohnhausbauten vorgesehen, die jedoch ganz anderen Zwecken dienen sollen als

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am _____

die Wohnsuanlagen der früheren Gemeindevertretung. Es ist eine bekannte Tatsache, dass die Not von heute ^{so} manche ^{Wiener} Familie zwingt, die gemeinsame Lebensführung aufzugeben, die Kinder fallen der öffentlichen Fürsorge zur Last, Mann und Frau selbst sind genötigt, in billigen Massenquartieren Unterschlupf zu suchen. Die Lohnhausbauten des Investitionsprogrammes haben nun nach dem Plane unseres Herrn Bürgermeisters den Sinn, billige, dabei gesunde Wohnungen in einfacher Ausführung zu schaffen, die der Familie die Wiederaufnahme eines geordneten gemeinsamen Lebens gestatten, ein Vorhaben, das vom Standpunkte einer nach staaterhaltenden Gesichtspunkten orientierten Bevölkerungspolitik bedeutsam ist. Der Ausbau des Obdachlosenheimes, die Schaffung einer Unterkunftsstätte für Frauen und Kinder im 12. Bezirk sind in diesem Zusammenhange zu erwähnen. Durch die neuen Methoden wird es hoffentlich gelingen, auch dem vielfach beklagten Bettlerunwesen zu steuern, das nicht nur eine Plage für die Bevölkerung der Stadt darstellt, sondern auch besonders von Fremden lästig empfunden wird. Die Stadtverwaltung widmet dieser Frage ihre grösste Aufmerksamkeit.

Diese erste Gruppe erfordert insgesamt rund 40 Millionen S, wovon auf die Errichtung der Familienasyle allein 5 1/4 Millionen entfallen. Schon die blosse summarische Aufzählung der Posten dieser Gruppe lässt einen besonderen Leitgedanken hervortreten: es soll nicht ein einzelnes Gewerbe mit Aufträgen bedacht werden, sondern in bunter Mannigfaltigkeit möglichst viele Branchen, die Maschinenindustrie ebenso wie der Tiefbau, das Installationsgewerbe ebenso wie das Maurergewerbe u. v. a. Beschäftigung finden.

Eine zweite Gruppe umfasst die Höhenstrasse von Salmansdorf über den Cobenzl auf den Kahlenberg und Leopoldsberg, die Wientalstrasse als moderne Autostrasse und eine neuzeitliche Ausgestaltung wichtiger Strassenzüge.

Diese drei Projekte schon insgesamt einen Aufwand von 35 1/9 Millionen S vor. Sie dienen nach einem einheitlichen Plan dem Zweck, die Stadt zu verschönern und damit für den Fremdenverkehr, diese bedeutende Post unserer Zahlungsbilanz, zu werben.

Die Aufwendungen dieser Gruppe kommen zunächst dem Strassenbau mit seiner hohen Lohntangente zugute; die vollendeten Arbeiten werden sich mittelbar zugunsten der vielen am Fremdenverkehr interessierten Gewerbe auswirken.

Die dritte Gruppe schliesslich umfasst zwei ganz neuartige Aktionen: den Assanierungsfonds und den Hausreparaturfonds. Für die Dotierung dieser beiden Fonds aus Stadtmitteln sieht das Sofortprogramm den Betrag von 11,250.000 Schilling und 4,100.000 Schilling, zusammen also 15,350.000 Schilling vor. Aufgabe und Wirksamkeit der genannten Fonds sind in der Öffentlichkeit wiederholt erörtert worden. Ihre Bedeutung liegt darin, dass mit der aus Stadtmitteln gegebenen Zuwendung von 15,350.000 Schilling die Wirksamkeit der Aktion nicht erschöpft ist. Der Assanierungsfonds nämlich deckt im Wege von niedrig verzinslichen Darlehen grundsätzlich nur 40 Prozent der jeweiligen Projektkosten; durch die Dotation von 11,250.000 Schilling werden sonach Gesamtaufwendungen von rund 25 Millionen S ausgelöst. Neben der unmittelbaren finanziellen Auswirkung dieses Fonds ist zu verzeichnen, dass durch die Assanierungsbauten das Stadtbild verschönert und Hemmnisse des Verkehrs beseitigt werden. Besonders bedeutungsvoll ist es auch, dass durch die Mithilfe des Fonds die Eigenheimbaubewegung in Wien auf das wirkungsvollste gefördert wurde. Für 41 Familienwohnhäuser konnten Fondshilfen gewährt werden. Der Hausreparaturfonds wieder, für den die Stadt in den Jahren 1934 und 1935 einen Betrag von 4 1/1 Millionen S widmete und zu dem überdies der Bund im Jahre 1934 eine Dotation von 1,500.000 S und im

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am _____

heuerigen Jahre eine solche von 1,400.000 S beigesteuert hat, stellt nur 20 Prozent der gesamten jeweils erforderlich in Bausumme zur Verfügung, so dass die unterstützten Vorhaben mit 28 Millionen S aus privaten Mitteln arbeiten.

Von den im ausserordentlich erweiterten Investitionsprogramm vorgesehenen 91 Millionen S sind bis 31. Dezember 1935 von den beteiligten Firmen rund 10 Millionen S ins Verdienen gebracht worden; für das Jahr 1935 kann mit einer tatsächlichen Ausgabe von rund 45 Millionen S gerechnet werden, da die Arbeiten günstig vorwärts geschritten sind, es stehen also für das Jahr 1936 aus dem Titel des Sofortprogramms noch mehr als 36 Millionen S zur Verfügung.

Wenn die Zählung von Mitte August 1935 den Stand der unterstützten Arbeitslosen in Wien mit 102.400 Personen angibt, und damit gegenüber dem Stand vom August 1933 ein Sinken um 24.000 Personen verzeichnet, darf sich die Stadtverwaltung mit Genugtuung vermerken, dass an dieser erfreulichen Tatsache ihr Arbeitsprogramm einen ausschlaggebenden Anteil hat.

Auch der eben in Beratung stehende Voranschlag für das Jahr 1936 trägt der Erkenntnis volle Rechnung, dass in Zeiten wirtschaftlicher Bedrängnis die öffentliche Hand zur Belebung des Wirtschaftslebens beizutragen hat. Für Investitionen, die Aufholung rückständiger Verhältnisse in Gebäuden, dringende Herstellungen, Anschaffung der verschiedenen Materialien und andere arbeitsschaffende Ausgaben ist ein Betrag von nicht weniger als rund 39 Millionen vorgesehen.

Hier ist besonders ein Zusatzprogramm für den Strassen- und Brückenbau mit einem Erfordernis von 216 Millionen S zu erwähnen. Zur Verschönerung des Stadtbildes wird die Veranstaltung "Wien im Blumenschmuck" beitragen.

Im Zusammenhange damit sei auch der neuen Siedlungsaktionen gedacht. War früher die Wohnungsfürsorge^{g)} allein von dem Gedanken der Vorsorge für ein Obdach beherrscht, so ist nunmehr das Problem der Siedlung als zusätzliche Erwerbsquelle in den Vordergrund getreten. Es soll nicht bloss ein Obdach geschaffen werden, sondern es soll den Bedürftigen auch die Möglichkeit eines wenn auch nur zusätzlichen Erwerbes aus Grund und Boden geboten werden. Eine Lösung, die in der Zeit der beschränkten Arbeitsmöglichkeit wirtschaftlich von besonderer Bedeutung ist.

Es wurde versucht, den besonders dem Engländer so vertrauten Gedanken, der Besiedlung der Stadtgrenze mit villenähnlichen Einzelhäusern mit zugehörigem Garten in die Tat umzusetzen und der verarmten Bevölkerung auch die Möglichkeit der eigenen Produktion von Obst und Gemüse zur Züchtung von Kleintieren zu geben.

Die Nebenerwerbssiedlung, für die am Rande der Stadt das Gelände bereit gestellt wurde, bezweckt, Arbeitslosen und vornehmlich Ausgesteuerten, das sind Leute, die nicht mehr im Bezug der Arbeitslosenunterstützung stehen, den Aufbau einer neuen Existenz zu ermöglichen. Bereits im Jahre 1933 wurde der Versuch gemacht, auf einem an der Ortsgrenze der Stadt gelagerten Ackergelände die sogenannte I. und II. Stadtrandssiedlung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

mit zusammen 425 Siedlerstellen aus Mitteln der Stadt zu errichten. Im Zuge einer grosszügig angelegten Randsiedlungsaktion wurde mit Unterstützung von Bundeskrediten im Jahre 1934 die III. Stadtrandsiedlung in Angriff genommen, die 459 Siedlerstellen umfasst. Das Gelände, das die Stadt Wien zur Verfügung gestellt hat, beträgt 690.000 Quadratmeter, auf welcher Fläche schon 884 Siedlerstellen errichtet wurden.

Es ist aber bereits die IV. Stadtrandsiedlung im Bau mit weiteren 523 Siedlerstellen, die in 4 Baugruppen den Siedlern, und zwar diesmal teils Arbeitslosen und Ausgesteuerten, teils Kurzarbeitern die Möglichkeit geben soll, krisenfest zu werden, um auch in Zeiten gänzlicher Einkommenslosigkeit wenigstens das Obdach und den grössten Teil des Lebensmittelbedarfes gesichert zu haben. Jede Siedlerstelle hat ein Ausmass von 1.200 bis 1.500 Quadratmeter. Die der I. und II. Randsiedlung haben sogar ein solches von 2.500 Quadratmeter. Auf jeder Siedlerstelle befindet sich ein aus Zimmer und Küche bestehendes Wohnhaus mit anschliessendem Stall und Wirtschaftsgebäude. Dem Zwecke der Nebenerwerbssiedlung entsprechend bildet das Haus nur eine Nebensache gegenüber der Hauptaufgabe, durch Bearbeitung des Bodens soviel herauszubekommen wirtschaften, dass ein zusätzliches Einkommen erzielt wird, sei es unmittelbar durch Gewinnung von Lebensmitteln zum Eigengebrauch, sei es vielleicht durch den Verkauf von Edel Früchten und dergleichen auf dem Markt, um Geld für die Anschaffung von Werkzeugen, Kleidern und so weiter und auch die Abzahlung der für die Errichtung der Siedlung aufgewendeten öffentlichen Mittel hereinzubringen. Ein abschliessendes Urteil über das Gelingen der Randsiedlungsaktion des Randsiedlungsproblems lässt sich heute wohl noch nicht fällen, es wird sehr viel von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage abhängen, ob der Randsiedler imstande sein wird, Marktschwankungen beim Absatz seiner Produkte zu überstehen.

Man hat deshalb neuerdings sich mehr dem Gedanken der Kurzarbeitersiedlung zugewendet, weil der Kurzarbeiter ein wenn auch geschmälerteres Einkommen hat und daher leichter in der Lage ist, Marktschwankungen zu überstehen, da für ihn die Siedlung vornehmlich ein zusätzliches Einkommen durch Gewinnung von Naturprodukten darstellt.

Die bisher besprochenen Aufwendungen betreffen die Zweige der Hoheitsverwaltung der Stadt. Hierzu kommen auch noch die Ausgaben der städtischen Unternehmungen. Deren Wirtschaftspläne sehen für 1935 laufende Kosten von insgesamt 305 Millionen S vor. Für 1936 ist mit einem Betrage von 306 Millionen S zu rechnen. Davon entfallen auf effektive Betriebsauslagen, wie Löhne, Material, Instandsetzungsarbeiten und dergleichen rund 280 Millionen S, die in irgendeiner Form den anderen Wirtschaften zufließen. Für neue Anlagen einschliesslich der Fertigstellung bereits begonnenen Neuherstellungen haben die städt. Unternehmungen

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am _____

für 1935 einen Betrag von mehr als 21 Millionen S ausgeworfen. Für das Jahr 1936 wird ein Betrag von 25 Millionen S veranschlagt. Vorgesehen sind: Ausgestaltung der Werke und Anlagen, Hoch-, Strassen-, Gleis- und Leitungsbauten, Anschaffung von Maschinen und Geräten, Vermehrung des Fahrparkes u. a. m.

Besonders Erwähnung verdient die Tatsache, dass die städt. Gaswerke im Juli d. J. bei den Böhlerwerken in Kapfenberg die Lieferung von 25 Waggons Gasrohre in Auftrag gegeben haben; es ist dies der erste derartige Auftrag, der in Oesterreich vergeben wird. Bisher mussten derlei Rohre aus Frankreich oder aus der Tschechoslowakei bezogen werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Stadt Wien einschliesslich ihrer Unternehmungen im Jahre 1935 und 1936 je einen Betrag zwischen 600 und 700 Millionen S unmittelbar (Bestellungen und dergleichen) oder mittelbar (Gehalte, Geldzuwendungen und dergleichen) der Wirtschaft zuführt; von diesen 600 bis 700 Millionen S werden im Wege der Besteuerung einschliesslich der Abgabenertragsanteile nur 155 Millionen S eingebracht, während der Grossteil, soweit nicht Kredite in Frage kommen, als Entgelt für Leistungen der Stadt bzw. ihrer Unternehmungen verdient wird.

Die wirtschaftsfördernden Massnahmen der Stadt finden ihren Niederschlag nicht allein in den Ziffern des Budgets. Vielfache, wenn auch nicht so ausschlaggebende Verwaltungsmassnahmen zeigen eine Abkehr von Grundsätzen, die insbesondere in Kreisen der Wirtschaft kritisch betrachtet wurden.

So war es das erste Bestreben der neuen Stadtverwaltung, jene Abgaben, die von der Geschäftswelt am drückendsten empfunden wurden, einer Reform zu unterziehen, wenngleich die angespannte Budgetlage durchgreifende Herabsetzungen nicht gestattete. Da ist in erste Linie die Wohnbausteuer zu erwähnen, an deren Stelle die Mietaufwandsteuer trat. Während der Jahresertrag der Wohnbausteuer im Jahre 1933 50 Millionen S überstieg, veranschlagt das gegenwärtige Budget unter dem Titel der Mietaufwandsteuer nur 36 Millionen S; dieser Abfall ist zum Teil in einer Milderung der so viel umkämpften Progression, zum Teil aber auch in den Begünstigungen begründet, die dem Gewerbe und der Industrie für ¹⁹³⁵ Leistungen eingeräumt wurden. Dazu kommen weitere Erleichterungen, die mit 1. April 1935 in Kraft gesetzt wurden und in befristeten Befreiungen hinsichtlich der neugebauten oder umgebauten Geschäftspavimente sowie der neuerrichteten Vitrienen und Schaukästen bestehen. Die neuingeführte fakultative Pauschalierung der Fürsorgeabgabe bedeutet, abgesehen von der leichteren Manipulation, eine Befreiung von der Abgabe hinsichtlich der zusätzlich eingestellten Arbeitskräfte, eine Massnahme, deren eminent wirtschaftsfördernde Auswirkung unbestreitbar ist. Das gleiche Ziel einer Wirtschaftsförderung verfolgt auch die Neuregelung der Bodenwertabgabe von unverbauten Liegenschaften, die für Werk- und Lagerplätze sowie für Grundflächen zur Ausübung eines Betriebes allgemein um 50 Prozent vermindert wurde. Die Praxis der Lustbarkeitsabgabe hat durch die Einführung der Steuerkarte die Belastung der Besucher von abgabepflichtigen Veranstaltungen auf ein erträgliches Mass herabgesetzt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am _____

Die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, die Hauspersonal- und Pferdeabgabe sind überhaupt nicht mehr veranschlagt. Bei der Fremdenzimmerabgabe werden für Investitionen und Instandsetzungen Nachlässe bis zu 50 Prozent gewährt.

Nicht unerwähnt soll schliesslich auch eine Massnahme auf dem Gebiete der Personalpolitik der Stadt bleiben, da auch diese von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ist: die Aufnahmeperrn wurde aufgehoben und die Aufnahme von Praktikanten und Junglehrern gegen Pensionierung in jenen Fällen angeordnet, die für die Betroffenen noch tragbar sind. Damit treibt die Stadt Wien, soweit dies bei den gegebenen Verhältnissen möglich ist, in ihrem eigenen Hause Arbeitsbeschaffungspolitik. Diese Aktion steht im übrigen auf einer Linie mit einigen andern Vorhaben, wie Stadtrand siedlungsaktion und die Aktion zum Schutz kinderreicher Familien, die gleicher Weise das Ziel verfolgen, nach Massgabe der vorhandenen Möglichkeiten den Grundstock des Staates, die Familie, zu sichern, und damit dem gesamten Wirtschaftsleben eine tragfähige, durch Schwankungen der Konjunktur nicht so leicht zu erschütternde Basis zu schaffen.

In meinen Ausführungen über das von der Wiener Stadtverwaltung geleistete Aufbauwerk möchte ich auch besonders unserer Fremdenverkehrswerbung gedenken. Gestatten Sie mir zunächst, einige Bemerkungen allgemeiner Natur zu machen.

Aus unserem Fremdenverkehr ziehen, wie allgemein bekannt ist, nicht nur die öffentlichen und privaten Transportunternehmungen und die grosse Gruppe des Gast- und Schankgewerbes und die Andenkenindustrie, sondern fast alle Erwerbsgruppen der Erzeugungs- und Handelsgewerbe und die meisten Industriezweige wirtschaftlichen Nutzen. Die freien Berufe, wie Aerzte, Künstler, Innenarchitekten und viele andre, weiters die Landwirtschaft profitieren durch den Fremdenverkehr ebenso wie scheinbar ganz fernstehende Berufszweige, wie das Baugewerbe, das durch die alljährlich notwendigen Reparaturen sowie Erweiterungs- und Umbauten eine Belebung erfährt. Mehr oder weniger, direkt oder indirekt, ist die ganze Einwohnerschaft Wiens, ja, wie das Beispiel einzelner Erzeugungs- und Industriezweige oder der Landwirtschaft zeigt, auch die Einwohnerschaft der Bundesländer am Wiener Fremdenverkehr interessiert. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr fliessen durch ein weitverzweigtes Netz in die Adern des gesamten Wirtschaftslebens und helfen mit, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Wien, als Hauptstadt eines seit dem Jahre 1918 durch gewaltsame Zustückelung eingeebneten Wirtschaftsgebietes muss mehr den je alle wirtschaftlichen Möglichkeiten nützen. Die Förderung des Fremdenverkehrs, der uns berechtigte Aussicht auf die Möglichkeit eines weiteren Aufbaus der Wirtschaft gewährt, ist daher für Wien eine der allerdringendsten Angelegenheiten. Eine Fülle hoher kultureller Werte, die Schönheit der altherwürdigen und doch ewig jungen Stadt und ihre einzigartige Umgebung, machen Wien zu einer vorstrahlenden Fremdenverkehrstadt.

Die neue Stadtverwaltung hat, wie ich bereits erwähnte, im Rahmen ihres Investitionsprogrammes bereits viel getan, um unseren Fremdenverkehr neue Impulse zu geben. Die Stadtverwaltung wird in diesen ihren Bestrebungen nicht ruhen und auch die offizielle Werbung der Stadt Wien wird ihre Pflicht erfüllen. Nur eines möchte ich hier hervorheben: Wir dürfen nicht auf uns allein

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien. am _____

angewiesen bleiben! Wir müssen uns auf alle Interessenten des Fremdenverkehrs stützen können, auf alle gewerblichen, kaufmännischen und vor allem auch die industriellen Kreise, auf die Angehörigen der freien Berufe, auf den Takt und die Liebenswürdigkeit unserer privaten und öffentlichen Angestellten, insbesondere jener, die im Parteienverkehr stehen, wie Polizeibeamte, Schaffner, Schaltbeamte, Zollorgane, kurz, die ganze Bevölkerung muss sich der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs für Wien bewusst werden und zu seiner Förderung nach Kräften beitragen. Jeder muss sich vor Augen halten, dass er für sich selbst wirbt, wenn er für den Fremdenverkehr Wiens wirbt. Hier muss noch sehr viel Arbeit, insbesondere Aufklärungsarbeit geleistet werden; es ist dies ein Arbeitsgebiet, auf dem alle Wiener und Österreicher zusammen wirken müssen. Ich gestatte mir an dieser Stelle besonders Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, um Ihre rege Mitarbeit zu bitten.

Und nun zu einem kurzen Rückblick über die letzten Jahre unseres Fremdenverkehrs und die Werbetätigkeit:

Der Wiener Fremdenverkehr, der bis zum Jahre 1930 eine ständig steigende Frequenz aufzuweisen hatte, wurde von diesem Jahre an durch die Weltwirtschaftskrise und verschiedene andere damit mehr oder weniger im Zusammenhang stehende Ereignisse, wie strenge Devisenvorschriften, Ausreisesteuern, insbesondere die im Mai 1933 verhängte Tausendmarksperrre und sonstige autarke Bestrebungen arg in Mitleidenschaft gezogen. Von 651.234 Fremden im Jahre 1930 war die Anzahl der Besucher Wiens auf 402.095 im Jahre 1933 und 351.381 im Jahre 1934 gesunken! Der verstärkten Werbung in allen, bei den gegebenen Verhältnissen als Zubringerländer in Betracht kommenden Gebieten gelang es erfreulicher Weise, den Ausfall wettzumachen. Eine Gegenüberstellung der Fremdenfrequenz der letzten Jahre in den 3 Hauptreisemonaten Juli, August und September ergibt folgendes Bild:

	Juli	August	September
1933	35.623	43.202	51.362
1934	29.519	32.048	42.094
1935	36.984	48.154	48.568

Es ist somit zum ersten Male seit dem Jahre 1930 eine Aufwärtsbewegung in unserem Fremdenverkehr zu verzeichnen und zwar nicht nur dem für unseren Fremdenverkehr abnormal schlechten Jahre 1934, sondern auch dem Jahre 1933 gegenüber. Von den einzelnen Ländern, die ein ganz besonderes Interesse für unsere Heimat bekunden, seien Frankreich, Belgien, Italien, Grossbritannien und die Niederlande besonders genannt. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass in diesen Sommermonaten zum ersten Male wieder auch eine Zunahme der Besucher aus Deutschland zu verzeichnen war.

Die Werbung für den Wiener Fremdenverkehr hat bekanntlich die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien, die im Gebäude der Wiener Messe A.G. Wien, VII., Mariahilferstr. 2, untergebracht ist, zu führen. Diese Stelle ist mit den erforderlichen Behelfen ausgerüstet, sie verfügt über reiches Adressen- und Werbematerial. Die Zahl der Stellen (Reisebüros, Hotels, Clubs), an die Werbematerial versendet werden, beträgt mehr als 14.000. Weit über eine Million verschiedenartige Werbeschriften, die sämtlich mehrsprachig, einige sogar in 12 Sprachen erschienen sind, sind in dem letzten Jahre beschafft und verwendet worden.

Die Fremdenverkehrsstelle versendet auch ständig Bilder, Filme mit Vortragstexten und ausserdem, unter Mitwirkung der Pressestelle der Wiener Messe A.G. zahlreiche Nachrichten an ausländische Blätter.

Die Fremdenverkehrsstelle wird auch durch die Bemühungen des Vereines "Wiener Festausschuss" unterstützt, der sich bekanntlich mit

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

der Veranstaltung der Aktion "Basching in Wien" und den schon seit 10 Jahren bestehenden "Wiener Festwochen" befasst. Den Funktionären des Vereines gebührt für ihre selbstlose, uneigennützig und nicht immer leichte Tätigkeit volle Anerkennung.

In der letzten Zeit muss namentlich auch der Werbung für Reisen von Inländern nach Wien ein besonderes Augenmerk geschenkt werden, da bekanntlich leider ein ständiges Absinken der Besuchsziffern aus den Bundesländern festzustellen war.

Der oberste Grundsatz, den die Fremdenverkehrsstelle bei allen ihren Werbemaßnahmen berücksichtigt, ist der, bei ihrer Tätigkeit rein sachliche Arbeit zu leisten, unbelastet von irgendwelchen Prestigefragen. Damit hofft sie mit Recht, der Allgemeinheit am besten zu dienen.

Hoffentlich ist den Bemühungen auch im kommenden Jahre zum Vorteil des Wirtschaftslebens ein guter Erfolg beschieden.

Einige Worte will ich auch über die Bemühungen der Stadt Wien um die Erweiterung der Absatzmöglichkeit für die gewerbliche Erzeugung sagen.

Unter anderen Massnahmen bediente sich die Stadt Wien zu diesem Zwecke auch der bewährten Einrichtungen des Ausstellungs- und Messewesens.

Eine günstige Gelegenheit hiezu bot sich im Mai, als unter der Leitung des Gewerbeförderungsinstitutes der Wiener Handelskammer in Paris eine österr. Ausstellung zur Durchführung kam, an der sich rund 120 Gewerbetreibende durch Beschickung mit einer erlesenen Auswahl heimischer Erzeugnisse beteiligten. Die Stadt Wien gewährte zur Bestreitung der Transport- und Versicherungskosten der Ausstellungsobjekte Zuschüsse, wodurch manchem Gewerbetreibenden die Teilnahme an dieser grosszügigen Werbeveranstaltung ermöglicht wurde. Der grosse Propagandaerfolg der Ausstellung äusserte sich nicht allein in einem regen Besuch, sondern auch in zahlreichen beifälligen Artikeln und Notizen der französischen Presse. Auch der geschäftliche Erfolg löste bei den beteiligten österr. Firmen allgemeine Befriedigung aus und trat in nennenswerten Abschlüssen mit französischen Interessenten zutage. Manche Aussteller entschlossen sich sogar zur Einrichtung eigener Vertretungen in Frankreich, ein besonders deutlicher Beweis, dass gerade Auslandsausstellungen bei entsprechend sorgsamer Vorbereitung geeignet sind, die heimische Produktion auf fremden Märkten Fuss fassen zu lassen.

Die Stadt Wien war aber auch bestrebt, dem Kleingewerbetreibenden, der nicht über das nötige Investitionskapital für eine grössere Werbeaktion verfügt, die Möglichkeit der Beteiligung an der Wiener Messe zu verschaffen und ihm auf diese Weise neue Arbeits- und Verdienstquellen zu erschliessen. Zu diesem Zwecke stellte sie der Stadtgruppe Wien des Oesterr. Gewerbebundes zur Veranstaltung einer Kollektivausstellung anlässlich der Wiener Herbstmesse 1935 eine bedeutende Subvention zur Verfügung. Mit der Organisation und Durchführung dieser Kollektivausstellung wurde das Gewerbeförderungsinstitut der Wiener Handelskammer betraut. Diese Subvention setzte die Veranstalter in die Lage insgesamt 58 minderbemittelte Angehörige des Korbflechter-, Spengler- und Mechanikergewerbes mit ihren Erzeugnissen auf die Wiener Messe zu bringen und sie an den grossen Werbevorteilen dieser internationalen Wirtschaftsveranstaltung teilnehmen zu lassen.

Ich hoffe Sie durch meine Ausführungen überzeugt zu haben, dass die jetzige Stadtverwaltung ehrlich und unermüdlich bestrebt ist, zur Belebung der Wirtschaft beizutragen. Wenn diese Bemühungen bis jetzt nicht auf allen Gebieten wirksam werden konnten, so ist dies nicht Schuld der Stadtverwaltung, denn in 1 ½ Jahren lassen sich die schweren Schädigungen, die der Industrie, dem Handel und dem Gewerbe durch 15 Jahre zugefügt wurden, nicht zur Gänze beseitigen. Das Wichtigste ist, dass das parteipolitisch beeinflusste durch ein wirtschaftspolitisch gesundes System ersetzt wurde, an dem die Stadtverwaltung unverrückbar festhalten wird (Lebhafter Beifall).

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

335

Wien, am 27. November 1935

Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 31 b vergibt die Schlosserbeschlagsarbeiten für den Bau des dritten Familienasyls, Ettenreichgasse; Anbotsverhandlung 6. Dezember, 9 Uhr, Neues Amtshaus, Ebendorferstrasse 1, 5. Stock. Nähere Auskünfte in der genannten Magistratsabteilung.

Vortrag des Vizebürgermeisters Lahr.

Auf Einladung des Vereines für Fluss- und Kanalschifffahrt in Oesterreich spricht Vizebürgermeister Major a. D. Lahr übermorgen, Freitag, um 18 Uhr 30 im grossen Sitzungssaal der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, Stubenring 8-10, über "Die Stellung Wiens als Donaustadt im Lichte der Politik und Wirtschaft der Gegenwart".

Die Lebensmittelzufuhren in der letzten Marktwoche.

Nach einem Bericht des städtischen Marktamtes über die Lebensmittellieferungen auf den Wiener Märkten in der Woche vom 16. bis 23. November betragen die Zufuhren an Grünwaren 24.469 Zentner, um 2.451 Zentner mehr als in der Vorwoche, an Kartoffeln 8.272 Zentner, um 455 Zentner weniger als in der Vorwoche, an Obst 8.011 Zentner, um 243 Zentner mehr als in der Vorwoche, an Agrumen 986 Zentner, um 372 Zentner mehr als in der Vorwoche, an Pilzen 611 Zentner, um 114 Zentner weniger als in der Vorwoche, und an Eiern 892.000 Stücke, um 12.000 Stück weniger als in der Vorwoche. In der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, wurden per Bahn insgesamt 27 Waggon mit 179 $\frac{1}{4}$ Tonnen Fleisch angeliefert, um 7 Tonnen mehr als in der Vorwoche. Auf dem Lindermarkt ruhiger, auf dem Schweinemarkt anfangs flauer, später besserer Geschäftsgang. Auf dem Zentralfischmarkt wurden in der Berichtswoche insgesamt 45.1222 Kilogramm Fische zugeführt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

336

Wien, am 28. November 1935

25 Jahre Zweite Wiener Hochquellenleitung.

Zum Gedächtnis der vor fünfundzwanzig Jahren erfolgten Eröffnung der Zweiten Wiener Hochquellenleitung zelebriert Kardinal Erzbischof Dr. Innitzer übermorgen, Samstag, um 9 Uhr in der Votivkirche eine heilige Messe.

Der Wiener Abend im Rathaus.

Für den Wiener Abend im Rathaus, der übermorgen, Samstag, abend in allen Festräumen des Rathauses stattfindet, gibt sich das regste Interesse kund. Im Mittelpunkte des Abends steht ein auserlesenes künstlerisches Programm, das von Kammersängerin Marie Gerhard, Inge von Leddihn, Kammersänger Alfred Jerger, Burgschauspieler Richard Eybner und dem Heiteren Quartett des Schubertbundes bestritten wird. Die musikalische Begleitung besorgen Professor Erich Meller und Kapellmeister Artur Kleiner; die verbindenden Worte spricht Dr. Karl Denk. Ausserdem konzertieren die Kapelle Ganglberger, ein Salonorchester und ein Schrammelquartett. Mit Rücksicht auf den pünktlichen Beginn der Vorträge ersucht das Präsidialbüro der Stadt Wien um rechtzeitiges Erscheinen. Die Herren erscheinen bei dieser Veranstaltung nicht in Frack oder Smoking, sondern in dunkler Kleidung, die Damen in kleiner Abendtoilette.

Aus der Fürsorge der Stadt Wien.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen September in der "Offenen Fürsorge" der Stadt Wien 52.307 Personen mit Erhaltungsbeiträgen und 16.978 Personen mit Aushilfen beteiligt. Der Aufwand hiefür betrug im Berichtsmonate 1.456.071 Schilling. Gegenüber September 1934 haben im Berichtsmonate um 4.334 Personen mehr einen Erhaltungsbeitrag bezogen.

In der Jugendfürsorge der Stadt Wien standen im letzten September 41.526 Personen im Genusse eines Pflegebeitrages und 5.016 Personen im Genusse eines Pflegegeldes. Da im September des Vorjahres bloss 39.567 Personen einen Pflegebeitrag erhalten haben, ergibt sich im Berichtsmonate eine Erhöhung der Zahl dieser Personen um 1.959. Ebenso ist gegenüber September 1934 die Zahl der ausgegebenen Lebensmittelpakete gestiegen. Gegenüber 24.332 Lebensmittelpaketen im September 1934 wurden heuer 26.350 Pakete ausgefolgt, also um 2.018 Pakete mehr.

Zur Jugendfürsorge gehört auch die Mittagsauspeisung der Schul-, Kindergarten- und Hortkinder. Insgesamt wurden im Berichtsmonate nicht weniger als 250.340 Speiseportionen ausgegeben. An der Mittagsauspeisung nahmen unter anderem 5.963 Schulkinder teil, von denen 5.713 vollkommen unentgeltlich verköstigt wurden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

337

Wien, am 29. November 1935

Gemüseverkauf nach Gewicht.

Gemäss einer Magistratskündmachung vom 20. d. ist auf den Landparteiplätzen der nachstehenden Märkte, die für den Handel im Grossen gewidmet sind, und zwar im II. Bezirk, Gemüsegrossmarkt auf dem Erzherzog Karlplatz, im IV. Bezirk, Naschmarkt (Landparteiplatz für Bodenprodukte) und im V. Bezirk, Gemüsegrossmarkt am Matzleinsdorferplatz, der Verkauf von Gemüse und Grünwaren nur nach Gewicht gestattet. Ausgenommen sind Karfiol, Salat und Büschelwerk (Karotten, Rettich, Petersilie und Schnittlauch).

Der Verkauf unter einer Gewichtsmenge von drei Kilogramm oder bei solchen Waren, die auch nach Stück verkauft werden dürfen, in Mengen unter dreissig Stück ist verboten.

Bei Waren, die nach Gewicht in den ursprünglichen marktgängigen Behältnissen verkauft werden, ist das Nettogewicht an der Aussenseite des Behältnisses in deutlicher und sichtbarer Weise zu bezeichnen.

Übertretungen dieser Kundmachung werden gemäss Artikel XVI der Magistratskündmachung vom 1. Februar 1934 bestraft. Bei wiederholter Nichteinhaltung dieser nur für die vorgenannten Märkte geltenden Vorschriften kann gemäss Artikel XVII, Absatz 2, der vorgenannten Kundmachung auch die Zulassung als Landpartei für diese Märkte widerrufen und das Vormerkbuch oder der Produktionsnachweis eingezogen werden.

Durch diese Kundmachung werden die Bestimmungen der Magistratskündmachung vom 24. Juni 1920, betreffend die Abhaltung von Gemüsegrossmärkten auf den bisherigen Gemüsesammelplätzen, soweit sie damit nicht im Widerspruch stehen, nicht berührt.

Die Kundmachung tritt am 2. Dezember 1935 in Wirksamkeit.

Änderungen im Strassenbahnverkehr.

Von kommenden Sonntag an wird die Linie M an Sonn- und Feiertagen nicht mehr betrieben. Sie wird im Streckenteil Felberstrasse-Kaiserstrasse durch die Pendellinie 51, auf der übrigen Strecke durch die Linie L ersetzt. Die Linie H2 wird, wie alljährlich, im Winter an Sonn- und Feiertagen erst von Mittag an in Betrieb genommen.

Vergabung von städtischen Arbeiten.

Die von der Magistratsabteilung 31 b für 6. Dezember ausgeschriebene Anbotsverhandlung zwecks Vergabung der Schlosserarbeiten für den Bau des dritten Familienasyles, Etnenreichgasse, ist auf den 13. Dezember, 9 Uhr, verlegt worden. Die Kostenanschläge sind erst vom 7. Dezember an in der städtischen Hauptkasse erhältlich. Nähere Auskünfte in der genannten Magistratsabteilung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

338

Zweite Ausgabe

Wien, am 29. November 1935

Uebersiedlung des Zentralfürsorgeamtes der Stadt Wien.

Im Zuge der Neugestaltung der Organisation der behördlichen Tätigkeit im Bereiche der Wiener Stadtverwaltung, die im Geiste der neuen Verfassung dem Zwecke der reinlichen Scheidung der Tätigkeit der ersten Instanz von der in zweiter Instanz dient, wurde vor kurzem durch Verfügung des Bürgermeisters das Zentralfürsorgeamt der Stadt Wien geschaffen. Damit ist nunmehr auch auf dem Gebiete des Fürsorgewesens die Trennung der Instanzen durchgeführt und überdies im Interesse der Fürsorgebedürftigen eine zweckentsprechende Zusammenfassung der zentralen fürsorgebehördlichen Aufgaben in der ersten Instanz geschaffen worden.

Das Zentralfürsorgeamt der Stadt Wien, das bisher in den Räumen der Magistratsabteilung 15 im Rathaus untergebracht war, ist heute, Freitag, in seine neue Räume VIII., Josefstädterstrasse 95, übersiedelt und nimmt dort morgen, Samstag, die Amtstätigkeit auf. Dem Zentralfürsorgeamt obliegen insbesondere die Fürsorge für ausserhalb Wiens wohnhafte Wiener und für in Wien wohnende Ausländer, die Bewilligung von Pflege- und Erhaltungsbeiträgen (bisher Geschäfte der Magistratsabteilung 14 bzw. 15), von Aushilfen (im gleichen Masse wie es früher der Magistratsabteilung 15 oblag), die Aufnahme in städtische Versorgungsanstalten, besondere Bewilligungen im Rahmen der Armen-Krankenfürsorge und die Ausfertigung von Unterstützungsanweisungen im Sinne der Armengesetznovelle 1935.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

339

Wien, am 30. November 1935.

Richard Schmitz - eine biographische Studie.

Anlässlich des bevorstehenden 50. Geburtstages des Bürgermeisters Richard Schmitz erscheint im Deutschen Verlag für Jugend und Volk eine biographische Skizze "Unser Bürgermeister Richard Schmitz". Der Verfasser Dr. Rudolf Till, Archivar des städtischen Archives, hat für diese Festschrift die Familiengeschichte Schmitz am Geburtsort des Bürgermeisters systematisch durchgearbeitet und gibt in seinem Werk einen Ueberblick über Kindheit, Jugend und Wirken des Bürgermeisters in seinen bisherigen öffentlichen Funktionen.

.....

Wohltätigkeitskinovorstellungen zugunsten der Josefische.

Die Gattin des Bürgermeisters, Frau Josefine Schmitz, ist namens der von ihr im Rahmen der Winterhilfe geleiteten karitativen Aktionen der Stadt Wien an die Verbände der Wiener Lichtspieltheater und Filmleihanstalten mit der Bitte herangetreten, zur Unterstützung des grossen Wohltätigkeitswerkes die Einnahmen einer Kinovorstellung zur Verfügung zu stellen. Diesem Rufe haben die genannten Verbände Folge geleistet und sich entschlossen, die Gesamteinnahmen der am Dienstag, dem 3. Dezember, zwischen 7 und 9 Uhr abends stattfindenden Kinovorstellungen für die Aktion Josefische zu widmen. Daher ergeht an die Bevölkerung die herzliche Bitte, die am 3. Dezember um 7 Uhr abends beginnenden Vorstellungen in den Wiener Kinos zu besuchen und dadurch an der segensreichen Aktion der Josefische mitzuhelfen. Für diese Mithilfe, die keinen Groschen Mehrausgabe verursacht, sei schon im Voraus herzlicher Dank gesagt.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

340

II. Ausgabe

Wien, am 30. November 1935.

Das Jubiläum der Zweiten Wiener Hochquellenleitung.

Zum Gedächtnis der vor 25 Jahren erfolgten Eröffnung der Zweiten Wiener Hochquellenleitung zelebrierte heute früh Kardinal Erzbischof Dr. Innitzer in der Votivkirche eine heilige Messe. An dem Gottesdienst nahmen teil Bürgermeister Richard Schmitz, die Vizebürgermeister Lahr, Dr. Kresse und Dr. Winter, Magistratsdirektor Dr. Hiesmaseder, in Vertretung des Bundeskanzlers Sektionschef Huber, Präsidiavorstand Senatsrat Jiresch, die leitenden Beamten des Magistrates, die Direktoren der städtischen Unternehmungen, die ehemaligen Vizebürgermeister Hierhammer, Hoss und Rain, die Räte der Stadt Wien, die ehemaligen christlichsozialen Nationalräte, Stadt- und Gemeinderäte sowie die Bezirksvorsteher. Nach der Messe legte der Bürgermeister am Denkmal Dr. Karl Lusers einen Lorbeerkranz mit Schleifen in den Farben der Stadt Wien und der Aufschrift "Dem Schöpfer der Zweiten Wiener Hochquellenleitung - Das dankbare Wien" nieder.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

341

III. Ausgabe

Wien, am 30. November 1935.

Der Wiener Abend im Rathaus.

Zugunsten der Aktion Josefstische veranstalteten heute abend Bürgermeister Richard Schmitz und Frau Josefine Schmitz in den mit Blumen und Blattpflanzen reich geschmückten Festsälen des Rathauses einen Wiener Abend.

Nach 20 Uhr strömten schon die ersten Gäste in den Festsaal, wo Bürgermeister Schmitz und Gemahlin, unterstützt von den Vizebürgermeistern, die Gäste empfangen. In der überaus dichten Menge der Festgäste hatten sich unter anderem eingefunden Kardinal Erzbischof Dr. Innitzer, die Bundesminister Dr. Buresch und Dr. Winterstein, die Staatssekretäre Dr. Fernter und Znidaric, die Gemahlin des Bundespräsidenten Frau Peopoldine Miklas, der Generalsekretär der V. B. Bundeskommissär Oberst Adam mit den führenden Funktionären, das diplomatische Korps, die Generalität, Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder mit den leitenden Beamten des Magistrates, viele Vertreter der gesetzgebenden Körperschaften, die Spitzen der Behörden und Aemter, die Räte der Stadt Wien, zahlreiche hohe richterliche Funktionäre und Staatsanwälte, die Direktoren der städtischen Unternehmungen sowie die prominentesten Vertreter der Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft.

Nach 21 Uhr begann die Festakademie. An dem erlesenen Programm wirkten mit Kammersängerin Marie Gerhard, Inge von Leddihn, Kammersänger Alfred Jager, Burgschauspieler Richard Eybner und das Heitere Quartett des Schubertbundes. Die musikalische Begleitung besorgten Professor Erich Meller und Kapellmeister Artur Kleiner; die verbindenden Worte sprach Dr. Karl Denk. Alle Darbietungen wurden mit stürmischen Beifall aufgenommen, ebenso die Vorträge des Konzertorchesters Ganzlberger. Im Gemütlichen spielte ein Schrammelquartett auf.

Die Arangement des Abends führte das Präsidialbüro der Stadt Wien unter der Leitung des Präsidialvorstandes Senatsrates Jiresch durch.

.....